Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

[Telephon Nr. 419.

Nr. 33. Dienstag, den 9. Februar 1897. 4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Hamburger Streik ist zu Ende.

Die Arbeiter sind erlegen! Nicht in ehrlichem Kampf. Was Freiligrath von der „Neuen Rheinischen Zeitung" sagte, das gilt auch von dem Ausstand der Hamburger Hafenarbeiter:

„Kein ehrlicher Hieb in offener Schlacht,
„Es fällten die Nücken und Tücken,
„Es fäll't mich die schleichende Niedertracht —"

Das war kein ehrlicher Kampf; Luft und Sonne waren nicht gleich vertheilt.

Gegen die Arbeiter, die — Proletarier — nichts hatten als das Bewußtsein ihres Rechts und die Sympathie ihrer Klassengenossen, der anderen Proletarier, stand das vereinte Kapital mit seinen gefüllten Geldschränken und Speisekammern — was verschlug es den Rhedern, wenn der Handel Hamburgs einige Monate stockte und wenn die „nationalen Interessen" unsäglichen Schaden erlitten? Der echt patriotische Gemeinsinn, der die Arbeiter bewog, einem Schiedsgericht zuzustimmen, war für sie, die Herren des Geldsacks, ein überwundener Standpunkt. Für sie gab es nur einen Gedanken: den Arbeitern die Obmacht des Kapitals zu zeigen; nur ein Ziel, die Arbeiter niederzuwerfen und ihnen den Fuß auf den Nacken zu setzen. Das schöne Gerede von Harmonie zwischen Kapital und Arbeit war vergessen — vergessen all' das schöne Gerede vom sozialen Frieden und praktischen Christenthum. Der „Sklave" hatte gewagt, sein Recht zu fordern, das war Rebellion — dafür mußte er gezüchtigt werden. Nie haben die Sklavenhalter Amerika's eine größere Menschenverachtung für ihre „Niggers" bethätigt.

Die braven Arbeiter Hamburgs standen im Kampf wie die Mauern; allein es giebt einen Feind, den auch die stärksten Mauern nicht abhalten können, das ist: der Hunger.

Auf den Hunger rechneten die Rheder. Bei Austern und Champagner beobachteten sie, wie ein Arzt den Verlauf einer tödtlichen Krankheit beobachtet, ruhig und gelassen, die goldene Uhr in der Hand und die Minuten zählend, den Augenblick, wo der Wolf Hunger von ihren Opfern nicht mehr abgewehrt werden könne.

Sie hatten länger zu zählen, als sie erwartet hatten, die Arbeiter Deutschlands und auch die Genossen im Ausland hatten erkannt, daß die Sache der Hamburger die Sache der Gesammtarbeiterschaft war — sie stellten sich auf Seiten der Streikenden und leisteten, so weit es in ihren Kräften war, Hülfe.

Anderthalb Millionen Mark sind in den elf Wochen des Streikes für die Ausständigen zusammengekommen. Und diese gesammte Summe ist fast ganz von den kärglichen „Arbeitergroschen", welche das nimmersatte Kapital in den Taschen der Reichsthumserzeuger: der Arbeiter gelassen hat. Es ist das eine bewunderungswürdige Leistung, um so bewundernswürdiger, als all diese „Arbeitergroschen" während des Streiks selbst gesammelt werden mußten, da keine gefüllten Kassen vorhanden waren, aus denen die Ausständigen schöpfen konnten.

Ohne Uebertreibung können wir sagen, die so glänzende Leistung des proletarischen Solidaritätsbewußtseins der deutschen Arbeiter ist ohne Beispiel in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung.

Aber auf die Dauer konnte der Ausstand nicht durch die Unterstützung der Arbeiter gehalten werden; 150 000 Mark wöchentlich aufzubringen, — das war das mindeste, um die 16—17 000 Streikenden mit ihren Familien vor dem Hunger zu beschützen — das konnte nicht in's Unbestimmte hinaus durchgeführt werden.

Die Rheder wußten das. Mit der goldenen Uhr in der Hand verfolgten sie die Agonie des Streikes — und der Anblick des hungernden Elends reizte ihrer satten Moral nur den Appetit. Sie hatten ja einen guten Bundesgenossen, einen sicheren Mann: den Hunger. Und nicht blos den Hunger. Der „Staat", der, wie man uns tausendmal verkündet hat, über den Parteien steht, und die hehre Sendung erfüllt, den Schwachen gegen den Starken zu schützen, — der „Staat", der in Deutschland das Christenthum aus allen Poren schwitzt und der sich tagtäglich rühmt, auf dem Gebiet der Sozialreform den Stein der Weisen erfunden zu haben und für die Arbeiter mehr zu thun, als irgend ein anderer Staat der Welt — der Staat, er blieb trotz Christenthum und Sozialreform nicht neutral.

Durch den Mund des Vizekanzlers v. Bötticher erklärte der Staat sich für die Rheder und gegen die Arbeiter; und klopfte den Rhedern ermuthigend auf die Schulter. Und von einer noch höheren Stelle kam das Wort, daß es die Pflicht des gesammten deutschen Unternehmerthums sei, die Partei der Hamburger Rheder zu ergreifen. — —

Und was oben geschah, das ward unten beachtet. Die Behörden traten aus ihrer anfänglichen Neutralität heraus — die Geldsammlungen für den Streik wurden erschwert, hier und da direkt verboten, — alle möglichen Hindernisse den Streikenden in den Weg gelegt, Maßregelungen und Verfolgerungen traten bei den geringsten Anlässen ein.

Und viele Jäger sind des Löwen Tod.

Wie die Kommune von Paris schließlich trotz heldenmüthigsten Widerstands der Versailler Uebermacht erliegen mußte, so sind auch die Hamburger Hafenarbeiter schließlich der Uebermacht erlegen. Sie haben heldenhaft gekämpft, und gleich den Junihelden von Paris sind sie, mit Freiligrath zu reden: „die Siegenden Geschlagenen".

Geschlagen aber nicht besiegt. Besiegt, so wenig wie die Junikämpfer. Besiegt so wenig wie die Kommune, aus deren Niederlage der internationale Sozialismus Riesenkraft sog. Wie das Ende der Kommune, so wird das Ende des Hamburger Streiks die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung stärken.

Nichts kräftigt und begeistert mehr, als ein gemeinsamer schwerer und ehrenvoller Kampf. Und ein Kampf war's mit herrlichen Lehren als Frucht. In all seinen Phasen hat er bestätigt, was die Sozialdemokratie über die Natur des Kapitalismus und des heutigen Klassenstaates gesagt hat.

Kein Arbeiter mehr in Deutschland, der an die Harmonie von Kapital und Arbeit glaubt.

Kein Arbeiter mehr in Deutschland, der an die soziale Mission des Klassenstaates glaubt.

Kein Arbeiter mehr in Deutschland, der nicht eingesehen hätte, daß die Befreiung der Arbeiter einzig das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Diese Lehren sind mit den Opfern des Hamburger Streiks billig erkauft. Sie verbürgen uns den Sieg.

Hoch die Hamburger Arbeiter! Sie haben den Dank der deutschen Arbeiterklasse verdient, die nach wie vor hinter ihnen steht.

Und hoch die Sozialdemokratie!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Als eifrige Vertheidiger des Dreibundes und Freunde der in demselben vertretenen Nationen pflegen sich auch die Herren Agrarier aufzuspielen. Wie sie aber praktisch für die Harmonie unter den Völkern sorgen, beweist der Umstand, daß im böhmischen Landtage ein Antrag eingebracht wurde, „die Regierung möge dahin wirken, daß die Landwirthe Böhmens bei der Viehausfuhr nach Deutschland sowohl gegen die willkürliche Verhinderung der Einfuhr Seitens der deutschen Regierung als auch gegen die Seitens der deutschen Agrarpartei angestrebte gänzliche Abschließung der deutschen Grenzen für unseren Vieheexport, wirksam geschützt werden". Die hier gekennzeichnete agrarische Bestrebung, die Einfuhr ausländischen Viehes womöglich gänzlich zu inhibiren, hat kürzlich ein Hauptrufer im Streit, in die kurzen, aber bündigen Worte gekleidet: Alle Klappen zumachen! — Hier sehen wir die Wirkungen.

Der Prozeß Schröder und Genossen, der wackere Männer in's Zuchthaus geführt hat, bildet eines der düstersten Kapitel deutscher Rechtsprechung. Das Urtheil hat das größte Aufsehen hervorgerufen, und nicht bloß die Sozialdemokratie, sondern auch weite Schichten des Bürgerthums haben offen ausgesprochen, daß sie von der Unschuld der wegen angeblichen Meineides Verurtheilten überzeugt seien. Endlich ist, wie wir bereits meldeten, der erste Schritt zur Klärung des furchtbaren Prozesses gethan worden, die Wiederaufnahme des Prozesses Schröder ist beschlossen worden. Hoffen wir, daß die erneute Verhandlung die Unschuld der Braven, über die auf die Aussagen des Schwurzeugen Gensdarm Münter hin der Stab gebrochen ist, sonnenklar erweist und ihnen das Licht und die goldene Freiheit wiederbringt.

Ein bewährter Feind der Sozialdemokratie, bewährt hierin als Jurist wie als Schriftsteller, der Reichsgerichtsrath a. D. Otto Mittelstädt, urtheilt über die sozialdemokratische Presse in einem „Der Sozialismus der gebildeten Stände" überschriebenen Artikel über unsere Presse folgendermaßen:

„. . . . . Alles in Allem genommen, ist die sozialdemokratische Tagesschriftstellerei mit all ihren abschreckenden Eigenschaften doch in einer Beziehung ihren Gegnern überlegen: sie ist ehrlicher im Haß wie in der Liebe, sie weiß, was sie will, oder doch, was sie nicht will; sie hat Ueberzeugungen, für die sie kämpft, für die sie leidet."

Palastrevolution bei den Konservativen. Die „Konservative Korrespondenz" meldet:

„In der am 4. d. Mts. stattgehabten, zahlreich besuchten Sitzung der konservativen Reichstagsfraktion hat Herr Freiherr v. Manteuffel seinem längst gefaßten Entschlusse gemäß wegen Ueberbürdung mit Berufsgeschäften den Vorsitz, den er, getragen von dem Vertrauen aller Parteimitglieder, mit großer Hingabe und reichem Erfolge nunmehr fast fünf Jahre lang geführt, niedergelegt. Die Fraktion, die trotz lebhafter Gegenvorstellungen nicht vermochte, Herrn Freiherrn von Manteuffel von seinem Entschlusse abzubringen, votirte ihm einstimmig ihren herzlichen Dank für seine bisherige Leitung und wählte darauf als seinen Nachfolger Herrn Dr. v. Levetzow. Hinsichtlich der Absicht, gleichzeitig auch das Reichstagsmandat, daß er zu seinem Bedauern seit geraumer Zeit schon nicht mehr mit gewohnter Gewissenhaftigkeit auszuüben im Stande war, niederzulegen, hat Herr Frhr. v. Manteuffel, dem einstimmigen Wunsche der Fraktion folgend, seine Entschließung sich noch vorbehalten. Den Vorsitz im geschäftsführenden (Elfer-) Ausschuß und demgemäß in der engeren Parteileitung wird Herr Frhr. v. Manteuffel selbstverständlich in alter Weise weiterführen. Die Bemerkungen also, welche einzelne gegnerische Blätter an den frei von allen politischen Erwägungen erfolgten Rücktritt des Parteiführers von dem Vorsitze der Reichstagsfraktion knüpfen, sind unzutreffend und haltlos."

Herr von Manteuffel schwang sich bekanntlich nach Unterdrückung der streng gouvernementalen Richtung Helldorf in den Sattel. Unter seiner Leitung gab die Partei sich jene Satzungen, die einst in der denkwürdigen Tivoli-Versammlung in dem Rufe „Hoch Ahlwardt!" ihren charakteristischsten Ausdruck fanden, und in denen neben dem alten Junkerhochmuth auch das Streben seinen Ausdruck fand, den Zeitverhältnissen insofern Rechnung zu tragen, als man allerlei auf Volksverblendung zielende Forderungen aufnahm. Ob die auffällige und durch obenstehende gezierte Erklärung keineswegs ausreichend motivirte Abdankung des seitherigen Führers und seine Ersetzung durch den ehemaligen Reichstagspräsidenten v. Levetzow eine Schwenkung der ganzen Partei bedeutet, ist einstweilen noch nicht zu übersehen. Die „Hintermänner" dieses Vorganges sind noch unbekannt.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote".)

(Schluß.)

Staatssekretär Frhr. von Marschall: Der Abg. Bebel hat den Namen des Botschafters Grafen Eulenburg hier in einer Weise in die Debatte gezogen, gegen die ich entschieden Verwahrung einlegen muß. Es ist in dem Prozeß nichts weiter festgestellt worden, als daß Tausch dem Grafen Eulenburg, und zwar unaufgefordert, einen Ausschnitt aus einem hiesigen Montagsblatte zugesandt und ihn um eine Unterredung gebeten hat. Bei der Verleihung des Ordens hat Graf Eulenburg nur eine ihm obliegende dienstliche Pflicht erfüllt. Herr v. Tausch ist von Herrn Bebel auch mit der Person eines hohen Offiziers in Verbindung gebracht worden. Ich erkläre, daß ich nirgends eine Spur gefunden habe, wonach der Kommissar zu hochgestellten Personen Beziehungen gehabt hätte. In den Kreisen der Normann-Schumann, Leckert und Lützow waren hohe Namen billig zu haben. Es war für sie lukrativer, hohe Persönlichkeiten als ihre Hintermänner zu bezeichnen, als armselige Reporter, die den Zeitungen Berichte die Zeile zu 5 Pf. liefern. Ist doch in einem Falle, wo ich als Hintermann bezeichnet war, die Summe von 80 Mk. für einen Artikel bezahlt worden. Warum sollte Herr Normann-Schumann nicht auf den Gedanken gekommen sein, einmal mit dem Namen eines hohen Offiziers zu prunken? Ich bin selbst so oft Gegenstand von Verleumdungen gewesen, man hat mich so oft als Hintermann bezeichnet, daß ich wirklich einen großen Abscheu vor dieser Suche nach Hintermännern habe, die in den meisten Fällen nichts Anderes ist, als ein frevelhaftes Spiel mit der Ehre seiner Mitmenschen. Wenn der Prozeß ein Gutes gehabt hat, so ist es das, daß man die Urheber von Verleumdungen, die Schreiber schmutziger Briefe, nicht mehr in den Kreisen hochgestellter Personen, sondern unter den Schumann, Leckert und Lützow suchen wird. (Beifall.)

Graf Limburg-Stirum (K.) nimmt den Botschafter Grafen Eulenburg gegen die Insinuationen des Abg.

Schutz; sein Vorwurf gegen diesen Ehrenmann, daß er Tausch einen Orden verschafft, ist durch nichts gerechtfertigt. (Abg. Bebel: Fegen Sie vor Ihrer eigenen Thür!) Herr Bebel hat sich nach und nach mit großem Geschick die Manier angeeignet, wie man politische Polizei treibt, die Sozialdemokraten folgen ihrem Vorbild, den Jakobinern, aus deren Reihe der größte Polizeiminister, Fouche, hervorgegangen ist. Wenn Sie selbst ans Ruder kämen, so wäre Ihre politische Polizei schlimmer und unnachsichtiger als irgend eine andere, sobald durch irgend ein auswärtiges Unglück Deutschlands Ihre Stunde gekommen wäre. (Rufe links: Quatsch! den der Vizepräsident Schmidt rügt.) Meine Rede war keine persönliche Aeußerung von mir, sondern beruht auf sorgfältig eingehenden Ermittelungen meiner Partei; mir liegt bei mancher Gegnerschaft jede politische Animosität gegen Herrn von Marschall fern. Meine Bemerkungen über die Presse und den Vorzug, im Auswärtigen Amt empfangen zu werden, enthielten nur einen freundschaftlichen Rath; gewiß ist es Wohlwollen, wenn ich auf die schlechten unlauteren Elemente hinweise, die ausgemerzt werden sollten. Ich hatte besonders die „Köln. Zeitung" im Auge, die das Recht der Informationen im Auswärtigen Amte nach meiner Meinung verscherzt hat. Als ich vortragender Rath im Auswärtigen Amte war (Gelächter), wären einseitig persönliche Informationen unmöglich gewesen, bald von dem einen, bald von dem anderen Rath; unseres Bleibens wäre dann im Amte nicht gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren, die der Presse besonders freundlich entgegenkommen, werden freilich von ihr immer besonders zart angefaßt; von scharfen Angriffen ist da keine Rede. (Sehr richtig!) Was den Prozeß anbetrifft, so hat es der Staatssekretär mit beispiellosem Geschick verstanden, seine Leitung an sich zu nehmen und ihm diejenige Richtung zu geben, die er genommen hat. War aber diese Regierung nothwendig? Man hätte auch im Wege des Disziplinarverfahrens, der Verhandlungen mit anderen Ressorts es möglich machen können, den Kriminalkommissar unschädlich zu machen, ohne die politische Polizei öffentlich zu diskreditiren. Das Verfahren des Staatssekretärs war eine hervorragende persönliche Leistung, aber sie entsprach weder den Traditionen des preußischen Staatsministeriums, noch hat sie die Einheitlichkeit desselben gezeigt. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär von Marschall: Der Vorwurf des Vorredners, daß ganz untergeordnete Subjekte den Zugang zum Ministerium hatten, ist ganz unberechtigt. Ich habe sofort Remedur eintreten lassen, als ich erfuhr, daß sich einige von den Informationen ausgeschlossene Angehörige der Presse an andere Räthe des Auswärtigen Amtes gewandt hätten. Hätte ich mir die Zufriedenheit des Grafen Limburg erwerben wollen und wäre nach seinem Rezept nur gegen Lützow und Leckert vorgegangen, so hätte man mir mit Recht vorgeworfen: die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen! (Bravo und Heiterkeit.)

Richter (FVp.) wendet sich gegen die Erklärung des Reichskanzlers. Die betreffenden Vorkommnisse gehören sehr wohl zur Zuständigkeit des Reichstags, sie haben sich am Sitze der Reichsregierung zugetragen und sind insofern etwas ganz Anderes, als Vorkommnisse in Baiern oder Württemberg. Ich kann Herrn v. Marschall nur beglückwünschen zu seinem Vorgehen und dem Erfolge gegen Herrn v. Limburg-Stirum. Dessen Rede war allerdings keine hervorragende persönliche Leistung, auch die des Herrn Grafen Mirbach nicht. Die Herren wußten nichts mehr zu sagen nach der Erklärung des Staatssekretärs [illegible] (Große Heiterkeit.) Herr Graf Limburg, der seine diplomatischen Lorbeeren in Koburg und in Meiningen geerntet hat (Heiterkeit) [illegible]

Graf Bismarck [illegible]

Graf Mirbach [illegible]

Die Generaldiskussion wird [illegible]

Es folgen [illegible]

Bebel [illegible]

Graf Limburg-Stirum [illegible]

Richter erwidert, daß der Präsident persönliche Angriffe in seiner Rede gerügt hätte. Die Andeutung von irgend welcher Tapferkeit im Grunewald (Große Heiterkeit links) sei ihm unverständlich: seinen Anschauungen von Ritterlichkeit entspreche es nicht, Abwesende anzugreifen, wie es Graf Limburg im Abgeordnetenhause dem Staatssekretär gegenüber gethan.

Graf Limburg-Stirum bestreitet, Herrn Marschall von Bieberstein im Abgeordnetenhause persönlich angegriffen zu haben.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Berathung, Wahlprüfungen).

Schluß 5 Uhr.

Berlin, 6. Februar.

168. Sitzung.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Der Reichskanzler, Frhr. v. Marschall.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Etats für den Reichskanzler und die Reichskanzlei. Fortsetzung beim Titel „Gehalt des Reichskanzlers". Zur Berathung stehen gleichzeitig die Anträge Ancker, betreffend politische Polizei und Barth, betreffend die Wirkung der Handelsverträge.

Rickert (FVg.): Die Konservativen und deren Führer, Herr von Plötz (Lachen rechts), haben mit Drohungen gegen Herrn von Marschall in letzter Zeit immer darauf hingewiesen, wie sich Herr v. Marschall gegenüber den Angriffen des Grafen Limburg im Abgeordnetenhause verhalten würde. Nun, Herr von Marschall hat sich gestern gut herausgehauen. Er wird es uns nicht übel nehmen, wenn wir ihn zu seinem gestrigen Auftreten beglückwünschen. Er hat ja bewiesen, daß er den Muth seiner Ueberzeugung hat, und so wird ihm unsere Zustimmung hoffentlich nicht unangenehm sein. Herr von Marschall konnte keinen anderen Weg wählen, als den Weg, auf den Hoch und Niedrig angewiesen ist, den Weg zu Gericht, wo die Wahrheit mit dem Eide ermittelt und im Namen des Königs Recht gesprochen wird. Das vergessen die Herren immer, wenn sie so wegwerfend von dem gerichtlichen Verfahren sprechen. Die Herren rechts sind von der Regierung viel zu sehr verwöhnt worden, wir bewundern die Geduld der Regierung den agrarischen Konservativen gegenüber. Die Herren haben es übel genommen, daß der Reichskanzler das „von" bei dem Namen Lützow unterstrichen hat. Er mußte ihn unterstreichen, denn er wollte beweisen, daß ein „von" vor dem Namen nicht immer zum Empfang im Auswärtigen Amt berechtige. Da der preußische Minister des Innern wieder nicht anwesend ist, versage ich es mir, auf die politische Polizei näher einzugehen. Ich will nur wiederholen, Herr von Marschall hat sich große Verdienste mit seinem Vorgehen um den Staat erworben.

Liebermann von Sonnenberg (Ant.): Ich habe Berührungspunkte mit allen Rednern, die hier gesprochen haben. Ich halte die politische Polizei für nothwendig, aber ich bekämpfe die Verfehlungen, die sich einzelne Organe der Polizei zu Schulden haben kommen lassen. Ich halte auch dafür, daß der Prozeß fortgeführt werden muß. Ich bin Herrn von Marschall dankbar für den Prozeß, nicht wegen der antisemitischen Ausbeute: Leckert: jüdische Mutter, Lützow: jüdische Frau, Ginzold-Stäck: unvermischtes Vollblut, sondern wegen der Entlarvung der Polizeispitzel, besonders des Normann-Schumann, gegen den ich Jahre lang gekämpft habe. Gewundert habe ich mich, daß Herr Bebel ihn gestern [illegible] indiskret nannte. Normann-Schumann konnte doch Herrn Bebel und er war doch nur insofern indiskret, als er wünschte, daß Bebel seine Indiskretionen verbreiten sollte. In der Schlauheit ist Schumann Herrn Bebel über und das ist eine Ehre für Herrn Bebel. (Heiterkeit.) Schumann hielt es mit Allen, mit Juden und Antisemiten, Freisinnigen und Konservativen. Mit hochstehenden Personen, die er zu kennen vorgab, fing er massenhaft Gimpel. Er hat den unglücklichen Tausch auf dem Gewissen. Schumann hat diesen Mann vorgeschwindelt. Graf Caprivi und Herr [illegible] Schuld. Ich habe ihn [illegible] Herrn Ahlwardt [illegible] monarchisch [illegible] in Mannheim [illegible] (Heiterkeit.) [illegible] Normann-Schumann nicht verhaftet worden ist. [illegible] der Reichskanzler [illegible] verhin[dern] [illegible] Normann-Schumann [illegible] Der unglückliche Hammerstein [illegible] des formellen Rechtes ausgeliefert worden. [illegible] Warum wurde [illegible] oder Angeklagter vorgeführt. Ich [illegible] Tausch keinen Fortgang nehmen, daß [illegible] gestellt wird. Dann wird sich [illegible] herausstellen, daß keine Hintermänner vorhanden sind, sondern daß nur eine Anzahl Leute unter Mißbrauch einer amtlichen Stellung sich Vortheile verschafft haben auf [illegible] werden. Von den Vorgesetzten dieser [illegible] von der geringen Weisheit, mit [illegible]

Dr. [illegible] (Nl.): Wir sind den Antragstellern für [illegible] aber aus formellen Gründen nicht [illegible] der Reichskanzler nicht in die Verhältnisse der [illegible] Alle Bedenken, die der Prozeß erregen [illegible] die Erklärungen des Herrn v. Marschall [illegible] daß das Vorgehen im Staatsministerium [illegible] Sehr dankbar [illegible] einer Reform der politischen Polizei. [illegible] des Innern, Herrn v. d. Recke, zu [illegible] Redner polemisirt [illegible] gegen den Abg. Bebel. [illegible] gegen den Fürsten Bismarck [illegible] (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Bebel ist als Schriftsteller nicht originell. [illegible] Reden in letzter [illegible] gegen den Fürsten Bismarck als Quelle aller Uebelstände und der politischen [illegible] der Abg. Richter schon vorher im Abgeordnetenhause [illegible] Der Ruhm des großen Mannes [illegible] des Sozialismus, [illegible] längst zu dem großen [illegible] Bravo! bei den Nationalliberalen [illegible] Herr Bebel [illegible] des unehrlichen politischen Kampfes [illegible] Unwahrheit, [illegible] Wahrheit [illegible] Hoffentlich [illegible] (Beifall rechts.)

[illegible] Staatssekretär [illegible]

sind. Hoffentlich verschwinden damit die Behauptungen der sozialdemokratischen und demokratischen Presse, daß Fäden nach Friedrichsruh hinüberführen. Die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs haben mich davon überzeugt, daß gegen v. Tausch, wie die Dinge nun einmal lagen, öffentlich vorgegangen werden mußte, daß mit einer Disziplinaruntersuchung nichts zu machen war. Das ändert aber nichts daran, daß ich bedaure, daß der Prozeß überhaupt geführt werden mußte. (Lachen links.) Unter dem Fürsten Bismarck wäre der Prozeß nicht nöthig gewesen, weil er mit eisernem Besen dazwischen gefahren wäre. (Widerspruch und Zustimmung.) Mit Herrn v. Marschall bin ich in der Art der Behandlung der Presse nicht einverstanden. Fürst Bismarck konnte zwar die offiziöse Presse auch nicht entbehren, aber heute ist sie deshalb bedenklich, weil man nicht weiß, ob ein Artikel offiziös ist oder nicht. Wenn die „Köln. Ztg." einen offiziösen Artikel vom Auswärtigen Amt enthält, und darunter bringt sie einen Artikel, der die Erklärungen des Ministers v. Hammerstein und Graf Posadowsky als rednerische Entgleisungen bezeichnet (Heiterkeit rechts), so entsteht Verwirrung im Publikum. Nebenbei bemerkt, zeigen diese beiden Erklärungen, daß eine strenge Einheitlichkeit im Ministerium doch nicht vorhanden ist. Wenn das Verfügungsvermögen über Unhöflichkeit den Maßstab für staatsmännische Größe abgäbe, dann würden wir in dem Abgeordneten Richter gern den großen Staatsmann sehen, für den der Abgeordnete Rickert sich selber hält. Die größte Freude am Prozeß hatte die Sozialdemokratie. Es war für sie ein Hauptvergnügen, daß Staatsminister sich mit Leuten wie Leckert, Lützow und Tausch herumbalgten. Wenn die Herren Sozialdemokraten übrigens einmal an's Ruder kämen, dann würden sie eine ganz andere Geheimpolizei schaffen, als wir sie heute haben. Der Abg. Singer hat ja jüngst gesagt, daß ein Brief auf nicht ganz legalem Wege in seinen Besitz gekommen sei. Das heißt, er war gestohlen. Sind die Herren schon jetzt in der Wahl der Mittel so wenig skrupulös, wie würden sie es erst sein, wenn sie die Macht hätten. (Beifall rechts.) Für den Antrag Ancker können wir nicht stimmen, weil die Dinge, die er behandelt, nicht zur Kompetenz des Reichskanzlers gehören. Das hat wohl auch der eben erscheinende preußische Minister des Innern angenommen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Die Beseitigung der Mißstände, die der Prozeß aufgedeckt, hat der Sozialdemokratie die Freude verdorben. Wollte ich meine Informationen nur an Blätter geben, die der Ansicht der Regierung sind, so könnte das Auswärtige Amt seine Preßthätigkeit ganz einstellen. Die Preßthätigkeit des Auswärtigen Amtes besteht zum geringsten Theil in der Inspicirung von Artikeln, es vergehen oft Wochen und Monate ohne daß dies seitens des Auswärtigen Amtes geschieht. Die Preßthätigkeit des Auswärtigen Amtes besteht wesentlich darin, daß den einzelnen Blättern Informationen thatsächlicher Natur gegeben werden. Eine Reihe von Blättern hat, ganz abgesehen von ihrer sonstigen politischen Haltung, den Wunsch, in auswärtigen Dingen Hand in Hand mit der Regierung zu gehen oder dieser doch wenigstens keine Schwierigkeiten zu machen. Wenn diese Blätter um Informationen bitten oder ihre aus dem Auslande erhaltenen Informationen dem Auswärtigen Amte vorlegen mit der Anfrage, ob sie zutreffend sind oder anstandslos veröffentlicht werden können, so ist es doch unmöglich, diese Leute zurückzuweisen aus dem Grunde, weil vielleicht ein Artikel über innere Politik in dem Blatte gestanden hat oder stehen wird, der der Regierung unangenehm sein könnte. Würden diese Blätter ausgeschlossen, so würden sie nicht etwa bereuen und Buße thun, sondern sie würden nach wie vor über auswärtige Politik schreiben, und es würde ihnen nach wie vor Material genug dazu zur Verfügung stehen, denn die auswärtigen „Freunde", die wir haben, würden sich das größte Vergnügen daraus machen, diesen Blättern interessante Informationen zugehen zu lassen. Nun weiß aber Jeder, der sich mit auswärtiger Politik befaßt, daß da im Allgemeinen die falschen Nachrichten viel interessanter sind als die richtigen. (Heiterkeit.) Im Auslande, mit Ausnahme vielleicht von England, benutzt die Regierung die Presse in viel ausgedehnterem Maße als bei uns, und nirgends giebt es ein so erbittertes Geschrei über das Offiziösenthum als bei uns. Bei uns sind die Dinge so weit gekommen, daß vielen Leuten die Fähigkeit ganz abhanden gekommen ist, einen Artikel sachlich zu beurtheilen; es heißt immer, welcher Minister steckt dahinter? Tausch hat eben Schule gemacht. Seitdem nun das Wort von der offiziösen Demokratie eingeführt ist, können wir es am Ende noch erleben, daß sogar der Abgeordnete Richter als Offiziösus gebrandmarkt wird. Dies Treiben schließt die Gefahr in sich, daß unsere Presse im Auslande mehr und mehr diskreditirt wird. Schon jetzt kann ich bestätigen, daß im Auslande vielfach der Glaube herrscht, die deutsche Presse denke nicht selbst, sondern schreibe nur was der Regierung genehm ist. Es liegt im eigenen Interesse der Presse, da Abhülfe zu schaffen. (Beifall.)

Dr. Lieber (Z.): Wir können an der Antwort des Reichskanzlers auf die polnischen Beschwerden nicht vorübergehen. Wahre deutsch-vaterländische Gesinnung ist über jeden Zweifel und jede Anfechtung erhaben. (Bravo! im Zentrum.) Aber die polnische Bevölkerung befindet sich in einer außerordentlich schwierigen, bemitleidenswerthen Lage. Die neueste Schwenkung hat diese Lage nicht erleichtert. Unter der Befehdung des Polonismus verbirgt sich in sehr vielen Fällen eine Bekämpfung des Katholizismus und unter dem Vorwande der Sicherung des Deutschthums feiert der Kulturkampf in den östlichen Provinzen neue Orgien. Man läßt das Aufsichtsrecht des Staates in Versammlungen dem gemeinen staatsbürgerlichen Rechte vorangehen. Wir wollen uns aber heute damit beruhigen, daß der Reichskanzler anerkannt hat, er wolle die staatsbürgerlichen Rechte der Polen nicht antasten. Wir fordern unsere polnischen Mitbürger auf, sich durch die traurige Lage zu nichts hinreißen zu lassen, was nur Wasser auf die Mühle ihrer Gegner liefern würde. Für den Antrag Ancker können wir nicht stimmen, weil er die Zuständigkeit des Reichskanzlers überschreitet. Nichtsdestoweniger sind wir den Antragstellern dankbar, denn eine Erörterung der Angelegenheit läßt sich im Reichstage nicht umgehen. Wir haben den Eindruck, daß die Sache vollständig erschöpft sei, wir haben diesen Eindruck schon gleich nach der Rede des Herrn v. Marschall gehabt. Wir sind beruhigt, daß Alles vorgenommen ist, um die Wiederkehr solcher Vorkommnisse in alle Zukunft zu vermeiden. Es versteht sich von selbst, daß wir in der Beurtheilung dieser Vorkommnisse mit allen Denen übereinstimmen, die ihren Abscheu darüber ausgesprochen haben. Wir sind insbesondere mit der Verhandlung im öffentlichen Gerichtssaale völlig einverstanden. Wir freuen uns, daß das preußische Staatsministerium in dieser Frage einig ist und anderer Meinung, als Graf Mirbach und dessen Freunde. Daß die politische Polizei bei dem Verband [illegible] Noth gelitten hat, kann nicht verkannt werden. Wir halten den Herrn v. Tausch nicht für eine singuläre Erscheinung und ich weiß nicht, ob nicht in dieser Beziehung dem Staatssekretär von Marschall ein Mangel an preußischer Tradition vorzuwerfen sein würde. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wer die politische Polizei kennt — wir kennen sie aus dem Kulturkampf — der weiß, daß dieses System nothwendig solche Früchte wie von Tausch zeitigen muß. Ich muß mich nun noch mit dem Grafen Mirbach beschäftigen. Er hat gestern eine Bemerkung gemacht, auf die ich zurückkommen muß. Er sagte im Beginn seiner Rede: Ich leide an einer Harthörigkeit, die, wenn sie dauernd werden sollte, mich zu den höchsten parlamentarischen Würden qualifiziren würde. Diese Aeußerung des Grafen Mirbach — ich bedauere, daß er heute nicht hier ist — stellte einen im Reichstage bisher unerhörten Angriff nicht auf ein gewöhnliches Mitglied des Hauses, sondern auf seinen Präsidenten dar. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) Er enthält eine Beleidigung der Partei, welcher der Präsident angehört (Sehr wahr! im Zentrum) und der Parteien im Hause, die ihn zum Präsidenten gewählt haben. (Sehr wahr! links.) Graf Mirbach hat dann in einer Bemerkung gesagt, er habe Niemanden persönlich beleidigen wollen. Damit scheidet das subjektive Moment der Beleidigung aus. Zu meinem Be-

Bauern ist aber Graf Mirbach auf halbem Wege stehen geblieben und hat die objektiv bestehen bleibende Beleidigung (Sehr wahr! im Zentrum) direkt vom Zaune gebrochen (Sehr wahr! links und im Zentrum). Nachdem es Graf Mirbach nicht über sich gebracht hat, dieses Bedauern auszusprechen, kann ich ihm die Erwiderung nicht schenken, daß er in demselben Augenblick, wo er von dem Herrn Staatssekretär die Vornehmheit seines Auftretens rühmen zu müssen glaubte, sich selber eines Auftretens schuldig gemacht hat, das keinen Schatten von Vornehmheit aufweist. Im Uebrigen war die Rede des Grafen Mirbach mehr ein Ausdruck der Verlegenheit als ein Ausdruck der Ueberzeugung. Er sagte dann u. A.: Wenn erst einmal der Junker gefallen sei, werde der Pfaffe bald nachfolgen. Die Aeußerung war in Verbindung damit gefallen, daß das „von" vor dem Namen Lützow so stark betont worden sei. Ich weiß nun nicht, welchen Anlaß Graf Mirbach hat, einen Angriff auf von Lützow auf sich zu beziehen (Heiterkeit), aber ich meine, es ist falsch, daß der Junker den Pfaffen stützt. Im Gegentheil es kann zwar der Altar den Thron entbehren, aber nicht der Thron den Altar, und der Geistliche den Junker, aber nicht der Junker den Geistlichen. Graf Mirbach hat den Namen des Fürsten Bismarck in die Debatte ohne äußeren Anlaß gezogen. Er war bis dahin nicht genannt worden und es wäre gut gewesen, er wäre überhaupt nicht genannt worden. Ich will selbstverständlich den ersten Kanzler des Deutschen Reiches nicht mit Subjekten wie Lückert und Tausch in Verbindung bringen, aber wer sagt, unter dem Fürsten Bismarck wäre so etwas nicht möglich gewesen, der spekulirt bei seinen Gegnern auf eine Kürze des Gedächtnisses und eine Gutmüthigkeit, daß es schwer ist, keine Satire zu schreiben. (Sehr gut! links und im Zentrum.) Ich meine, der erste Kanzler des Deutschen Reiches muß von A bis Z unterschreiben, was die Vertreter der heutigen Regierung gestern gesagt haben. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Freiherr v. Hodenberg (Welfe): Warum Herrn v. Marschalls Auftreten der preußischen Tradition entsprechen soll, in einer Angelegenheit, wo er als Reichsbeamter aufgetreten ist, ist mir nicht erfindlich. Ich gebe aber Herrn Grafen v. Limburg Recht, das Auftreten Herrn v. Marschalls entspricht nicht der preußischen Tradition in den letzten 25 Jahren. (Große Heiterkeit.) An Hintermänner glaube ich nicht, Herr v. Tausch ist ein Produkt der Reichspolitik in den letzten 25 Jahren und es bedarf nicht der Annahme von Hintermännern. Die konservative Partei hat nachgerade verlernt, Recht und Unrecht, Gut und Böses dauernd zu unterscheiden und daher kommt es, daß alle Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, Herrn v. Marschall Beifall gezollt haben. Ich wünsche nur, daß überall so ehrlich vorgegangen wird.

Frhr. von Stumm (RP.) polemisirt gegen den Abg. Rickert. Was die Aeußerung des Grafen Mirbach über die Junker und Pfaffen anlangt, so ist nicht zu leugnen, daß es Staaten giebt mit Geistlichen ohne Junker. Aber die Geschichte lehrt doch, daß der Altar hundert Mal nur vom Thron geschützt worden ist. Beide sind gegenseitig auf sich angewiesen und sollen sich gegenseitig unterstützen. Herr Bebel scheint keine Rede halten zu können ohne meinen Namen zu nennen. Auch von dem Hofprediger Stöcker ist mein Name in Verbindung mit dem Prozesse Leckert-Lützow gebracht worden. Ich erkläre, ich habe nie zu Leckert oder Lützow Beziehungen gehabt. Der Prozeß war absolut nothwendig, wie sollte sonst Beweismaterial gegen Herrn v. Tausch, diesen durchaus gemeingefährlichen Mann, beschafft werden? Ohne Beweismaterial hätte auch Fürst Bismarck nichts machen können. Das Verdienst des Staatssekretärs sollte anerkannt werden; er hat in keiner Weise die preußische Tradition verletzt. Die Beamten der politischen Polizei sind nicht nur ebenso ehrlich und tüchtig, wie andere Beamte, sie verdienen sogar ganz besondere Anerkennung, weil sie in aufopferungsvoller Weise einen schweren Dienst versehen. Freilich sind sie gezwungen, nicht reputable Leute als Agenten zu benutzen. Die politische Polizei muß deshalb von allen Denen, die die Staatsautorität aufrecht erhalten wollen, gegen den geschickten Angriff des Herrn Bebel, der so that, als sei Herr von Tausch typisch für die politische Polizei, in Schutz genommen werden. Herr Bebel sollte nicht soviel gegen die Spitzel reden. Hat er sich doch gestern selber der Spitzelei bezichtigt und erzählt, daß er ein Mitglied der freisinnigen Volkspartei veranlaßt habe, ihm dabei Helfershelfer zu sein. Wie es mit der Moral der Sozialdemokratie beschaffen ist, geht daraus hervor, daß in einer sozialdemokratischen Schrift der Diebstahl vertheidigt wird. Redner verliest mit unverständlicher Stimme ein Zitat und schließt: Jedenfalls steht die Moral der politischen Polizei thurmhoch über der der Sozialdemokratie — außerhalb des Hauses. (Bravo! rechts.)

Bebel (SD.): Der Abg. v. Stumm hat sich darüber beklagt, daß wir seinen Namen bei jeder Gelegenheit nennen. Wir thun es, weil wir wissen, daß er auf gewissen Gebieten der mächtigste Mann in Deutschland ist und einen Einfluß ausübt, der über den des Staatsoberhauptes noch hinausgeht. (Unruhe rechts.) Er kann sich rühmen, daß nach seinem Geschmack Minister ernannt werden, die Sozialpolitik nach seinem Geschmack treiben müssen. (Unruhe rechts. Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und diese Thatsachen werden wir bei jeder Gelegenheit annageln, mag es nun Herrn v. Stumm gefallen oder nicht. Er verlas eben ein Zitat mit so leiser Stimme, daß es nicht verstanden werden konnte, vielleicht weil er sich beim Vorlesen überzeugte, daß das Zitat nicht mit dem übereinstimmte, was er bemerken wollte. Das betreffende Buch ist zudem keine Parteischrift. Möge er uns aus offiziellen Aktenstücken eine Verherrlichung des Diebstahls nachweisen, es wird ihm nicht gelingen. Die Moral des Herrn von Stumm würde der Sozialdemokratie gegenüber sofort in die Brüche gehen, wenn er etwa durch einen Vertrauensbruch in den Stand gesetzt würde, ihr einen Hieb zu versetzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die herrschenden Klassen sitzen wirklich in einem Glashause und sollten nicht auf uns mit Steinen werfen, wenn wir Mittheilungen von Vertrauenspersonen verwenden. Herr von Stumm hat uns dann weiter unsere Taktik den Spitzeln gegenüber zum Vorwurf gemacht. Wenn wir auf Schritt und Tritt verfolgt werden, wenn die politische Polizei jeden dummen Jungen für Geld engagirt, um uns zu überwachen, so ist es natürlich, daß wir unsererseits Alles aufbieten, hinter die Schliche dieser Leute zu kommen und ihre Pläne zu stören. Wie die politische Polizei agirt, das hat erst jetzt wieder der Prozeß gegen Landauer gezeigt, in dem der Kriminalkommissar Bösel eine so merkwürdige Rolle spielte. Haben wir jemals einen Mann bestochen, haben wir uns in unserem Kampfe gegen die Polizei jemals unter falschem Namen eingeführt? Nein, wir haben immer offen gehandelt. Gestern hat Graf Limburg-Stirum und heute Herr von Kardorff behauptet, wenn wir erst am Ruder wären, würden wir eine ganz andere, weit schlimmere politische Polizei einführen; er hat auf die Jakobiner als unsere Vorläufer hingewiesen, aus deren Reihen das berühmte Polizeigenie Fouché hervorgegangen sei. Die Jakobiner mit der heutigen Sozialdemokratie zu verbinden, das kann nur Jemand, der vom historischen ABC keine Ahnung hat. Andere Parteien, wie die Nationalliberalen, können viel eher als Nachfolger der Jakobiner gelten. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Denken Sie an Herrn Miquel, Herrn von Miquel, der noch im Jahre 1863 auf der Versammlung des Nationalvereins in Leipzig im Privatverkehr geäußert hat: „Gewisse Herren in Berlin möchten sich an das Schicksal der Bourbonen erinnern; der sich unserem Marx als Organisator von Bauernaufständen, als Atheist und Kommunist empfiehl. (Heiterkeit links. Unruhe bei den Nationalliberalen.) Der Einwand, daß die Angelegenheit nicht zur Kompetenz des Reichstages gehört, ist hinfällig. Im Etat des Auswärtigen Amtes sind 500 000 Mk. für geheime Zwecke. An diesem Gelde partizipirt auch die Geheimpolizei. Für Lützow-Leckert hat der preußische Kriegsminister 50 Mk. aus Reichsgeldern hergegeben. Es ist also unser gutes Recht, über diese Dinge unsere Meinung auszusprechen. Für den vorliegenden Antrag aber werden wir nicht stimmen, weil er uns nicht weit genug geht. Das Verdikt über die politische Polizei muß dann doch ganz anders lauten, als dieser Antrag es ausspricht. Wir sind Gegner der politischen Polizei überhaupt. Wenn sie aber fortbestehen soll, dann muß wenigstens dafür gesorgt werden, daß sie nicht ruhige, friedliche Bürger durch ihre Bespitzelungen und Zudringlichkeiten stört, daß ihr korrumpirender Einfluß beseitigt wird. Als der Prozeß zu Ende war, gab es mit Ausnahme der Organe der Rechten keine Zeitung, die nicht sagte: Ein System, das solche Früchte zeitigt, kann auf die Dauer nicht bestehen bleiben. Selbst die „Post", der Herr v. Stumm nahe steht, schloß sich diesem Urtheil an. Und da sollen wir uns heute mit der milden Resolution begnügen! Sie haben eben nicht den Muth, mit einem System zu brechen, das sich moralisch verdorbener Menschen bedient, die für jeden Schurkenstreich zu haben sind, wenn es gilt, einen politischen Gegner zu vernichten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ohne Ausnahme sind es erbärmliche Subjekte, die im Dienste der politischen Polizei stehen. Was hat der Prozeß gezeigt? Leute, die ein Gehalt von 3000 bis 4000 Mk. beziehen, spielen eine gesellschaftliche Rolle, als wenn sie ein Einkommen von 10 000 Mk. bis 12 000 Mk. hätten. Ungezählt Summen gehen durch ihre Hände, über die sie keine Rechenschaft abzulegen brauchen. Die Quittungen werden gefälscht, über die Verwendung der Gelder wird kein Wort gesagt. In die intimsten Staatsgeheimnisse müssen diese Leute eingeweiht werden; natürlich überschätzen sie dann ihre Wichtigkeit und Bedeutung. Herr v. Tausch kann von einer Versöhnung zwischen ihm und Herrn v. Marschall, einem der höchsten Beamten, sprechen! Das schlägt allen Traditionen der preußischen Büreaukratie in's Angesicht. Mit diesem System der politischen Polizei ist überhaupt nicht auszukommen. Um die Schäden des Systems zu beseitigen, muß man das System selbst beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das System Tausch ist in Wahrheit das System Bismarck. Erst unter Bismarck ist dieses System ausgebildet worden. (Rufe rechts und bei den Nationalliberalen: Stieber.) Nun wissen Sie ja mit einem Male Bescheid. Gestern erzählte ich Ihnen von Stieber. (Rufe bei den Nationalliberalen: Wußten wir schon längst!) Es ist nothwendig, grade den Nationalliberalen das Gedächtniß zu schärfen. Niemand wußte besser Bescheid über den Stieber als Bismarck. Als der 66er Krieg kam, da war es Fürst Bismarck, der zuerst nach Stieber gegriffen hat und ihn zum Leiter der politischen Polizei machte. Auch 1870 war Stieber wieder auf seinem Posten. Der Welfenfonds wurde für Polizeizwecke zur Verfügung gestellt und die Stieber konnten im Golde wühlen. Damals feierte der offiziöse Preßjunge wahre Orgien. Herr Friedberg hat nun einzelne Angriffe auf meine Person gerichtet, die mit dem vorliegenden Thema nicht das Mindeste zu thun haben. In Bezug auf meine literarischen Erfolge glaube ich mich noch mit Herrn Friedberg messen zu können. Herr Friedberg hat meine Schriften sehr schlecht kritisirt, nun, ich habe Zeugnisse von anderen auch sehr gebildeten und sachverständigen Leuten, die ganz anders lauten, in Händen. Wie sich Herr Friedberg darüber wundern kann, daß Herr Richter und ich vielfach dasselbe gesagt haben, verstehe ich nicht. Das ist doch natürlich in einer Frage, wo wir so viele gemeinsame Berührungspunkte haben. Wenn Jemand von Haß gegen den Fürsten Bismarck frei ist, so bin ich es. (Lachen rechts.) Wir lieben ihn nicht, aber er ist ein guter Hasser, das hat mir immer imponirt. Von Verzeihen und allgemeiner Nächstenliebe ist bei ihm keine Rede gewesen. Wie lange sein Ruhm dauern wird, ist schwer zu sagen. Daß er die Sozialdemokratie überdauern konnte, daran ist gar nicht zu denken. Herr Friedberg hätte sich umsomehr vor seiner Aeußerung hüten müssen, als ja grade ein Mitglied seiner Partei es war, das erst vorgestern seiner Angst vor den Ideen der Sozialdemokratie so drastischen Ausdruck gegeben hat. Wer anders, als die nationalliberale Partei hat denn den Generalmarsch für die Umsturzvorlage geschlagen? Welche Partei hat es mehr bedauert, daß das Sozialistengesetz gefallen ist, als die Nationalliberalen? Wem ist das allgemeine Wahlrecht mehr verhaßt, als der nationalliberalen Partei? (Unruhe bei den Nationalliberalen. Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Je lebhafter Sie uns angreifen, desto mehr freut es uns. Beweisen uns doch Ihre Angriffe, daß wir reden. Wir werden Sie bald überreden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

von Levetzow (K.): Der Abg. Lieber ist auf die Aeußerung des Grafen Mirbach zurückgekommen, obwohl Graf Mirbach am Schlusse der Sitzung sein Bedauern ausgesprochen und erklärt hat, daß er Niemanden habe beleidigen wollen. Herr Lieber hätte sich mit dieser Erklärung begnügen können. Es wäre sachlich besser und vielleicht vornehmer gewesen, wenn er die Sache hier nicht breit getreten hätte. Der feinen Distinktion zwischen objektiver und subjektiver Beleidigung des Herrn Lieber vermag ich nicht zu folgen. Die Aeußerung von den Junkern und Pfaffen hat Herr Lieber durchaus mißverstanden. Graf Mirbach hat nur sagen wollen, daß, wenn der Umsturz an's Ruder käme und die Junker vertrieben würden, die Pfaffen wohl sehr bald nachfolgen würden. (Bravo! rechts.)

Dr. Lieber (Z): Herr von Levetzow irrt, wenn er glaubt, Graf Mirbach habe sein Bedauern ausgesprochen. Ich habe vergeblich auf dieses Wort des Bedauerns, das mir von Freunden des Herrn Grafen Mirbach in Aussicht gestellt war, gewartet. Meine Freunde haben es auch nicht gehört. Zahlreichen Parteifreunden von mir hat die Erklärung des Grafen Mirbach so wenig genügt, daß sie vielmehr der Meinung waren, diese Erklärung am Schlusse haben die erste Bemerkung nur noch verschlimmert. Wenn Herr von Levetzow den Unterschied zwischen objektiver und subjektiver Beleidigung nicht versteht, so bedaure ich das. Ich glaubte damit der objektiven Wahrheit und der subjektiven Freundlichkeit so weit wie nur möglich entgegenzukommen. Mag Graf Mirbach die Aeußerung über die Junker und Pfaffen gemeint haben, wie er will, sie war unglücklich, wie seine ganze gestrige Rede. (Beifall im Zentrum.)

Dr. Friedberg (NL): Die nationalliberale Partei war mit der Verwendung des Welfenfonds nicht einverstanden, sie hat für die Aushändigung des Fonds an den ehemaligen König von Hannover gestimmt. Wenn wir aber einmal beim Welfenfonds sind, so möchte ich auf die gefälschten Quittungen im „Vorwärts" hinweisen. Wer anderen Leuten Moral predigen will, sollte solche Dinge nicht übersehen. Herr Bebel hat gesagt, wir schwärmen für Ausnahmegesetze. In gewissem Sinne hat er da ja Recht. Wir meinen, eine Partei, die den Umsturz anstrebt, ist nicht gleichberechtigt. Wer nicht auf dem Schutz der Verfassung steht, darf auch nicht den Schutz der Verfassung genießen. (Bravo! rechts.) Herr Bebel hat mit einer Apotheose auf seine Partei geschlossen. Jede Partei glaubt an ihre Zukunft. (Abg. Bebel: Sie doch etwa nicht! Große Heiterkeit.) Aber Ihre Partei wird von einem gefährlichen Feinde besiegt werden, nämlich von der Langeweile, die sich auch Ihrer Parteigenossen bemächtigen wird. Die Gebildeten haben vor der Agitationsweise der Herren Bebel und Genossen schon einen starken Degout, obwohl sie wissenschaftlich manchmal seinen Anschauungen nahe stehen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Nachdem Abgeordneter Freiherr von Stumm (RP.) noch gegen den Abgeordneten Bebel polemisirt hat, wird die Diskussion über den Antrag Ancker geschlossen. Es folgt eine Reihe von persönlichen Bemerkungen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Richter (FVp.): Nachdem der Antrag seinen Zweck in der Hauptsache erfüllt hat, ziehen wir denselben wieder zurück. (Große Heiterkeit.)

Dr. v. Jazdzewski (Pole) kommt auf die Behandlung der Polen zurück und polemisirt gegen die gestrige Rede des Reichskanzlers. Die Polen gehorchen den Gesetzen voll und ganz und können darum ihr gutes Recht verlangen. Wenn aber mit Gewalt der Friede gestört wird, so kann man sich nicht wundern, wenn die Polen sich dagegen wehren. Wir sind auf Grund der Verfassung und des Naturrechts ebenso legitim wie die Könige und Staaten. Wir werden für dieses Recht kämpfen, bis wir es erstritten haben. (Beifall.)

Dr. Hasse (NL.): Wir wollten hier keine Polendebatte herbeiführen, müssen aber dem Reichskanzler unseren Dank für seine gestrige Erklärung aussprechen und für den erfreulichen Umschwung, der in der Behandlung der Polenfrage in Preußen wieder eingetreten ist. Die Polen sind überall im Angriff (Lachen im Zentrum und bei den Polen.) Die Deutschen müssen sich vertheidigen. Herr Lieber erklärt seine nationale Gesinnung für erhaben über jeden Zweifel; möge er sie dann doch auch bethätigen und dafür sorgen, daß die unglückselige Verwechselung zwischen polnisch und katholisch aufhöre. Das Deutsche Reich muß ein deutscher Nationalstaat bleiben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Darauf vertagt sich das Haus auf Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung, erste Lesung des Handelsgesetzbuchs und kleinere Vorlagen.)

Schluß 5 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

8. Februar.

Achtung! Metallarbeiter! Der Zuzug von Schlossern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Verzinnern, Brennern und sonstigen Hülfsarbeitern nach dem Emaillirwerk von Carl Thiel u. Söhne ist streng fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Das Streikkomitee ersucht, bei Zeichnung von Gelder für die streikenden Arbeiter von Thiel u. Söhne nur auf solche Sammellisten zu zeichnen, welche vom Lübecker Gewerkschaftskartell herausgegeben und mit dem Kartellstempel versehen sind.

Ein merkwürdiges Befähigungszeugniß wird der hiesigen jüngeren Beamtenschaft seitens ihrer vorgesetzten Behörden ausgestellt, wenn die Angaben nachstehender, an die „C.-Z." gerichteten Zuschrift den Thatsachen entsprechen:

„Kürzlich ist durch Wahl zum Bürgermeister in einer preußischen Stadt beim Stadt- und Landamt hierselbst die Stelle eines Kanzisten erster Gehalts-Klasse frei geworden. Wie nun aus Zeitungsartikeln, welche in Anlaß der im vorigen Jahre bei der genannten Behörde neu errichteten Stelle — Bureauvorsteher — veröffentlicht wurden, noch erinnerlich sein wird, sollte diese frei werdende Stelle nicht wieder besetzt werden. Da nun dem Vernehmen nach doch beabsichtigt wird, die frei gewordene Kanzistenstelle wieder zu besetzen und man sich auswärts bereits nach einer geeigneten Persönlichkeit umsehen soll, hier aber die Stelle bis jetzt nicht ausgeschrieben ist, so wäre erwünscht, zu erfahren, welche Gründe vorliegen, die Stelle hier nicht auszuschreiben? Es würden sich doch wohl hinreichend Diätare oder ausgelernte Supernumerare finden, welche sich um die Stelle bewerben würden."

Sollte denn wirklich unter allen hiesigen Anwärtern nicht ein Einziger sein, der sich für einen solchen Posten, zu dessen Vertretung doch wahrlich keine so übermäßig hohe Befähigung nöthig ist, eignet? Und wird denn „auswärts" — wir vermuthen, daß damit Preußen gemeint ist — mehr für die Ausbildung der jüngeren Beamten gesorgt, als hier? Das können wir nicht glauben.

In das Handelsregister ist am 5. d. M. eingetragen: auf Blatt 361 bei der Firma „Franz Klüß": Der Kaufmann Heinrich Franz Balthasar Klüß ist gestorben. Jetzige Inhaberin: Anna Catharina Henriette geb. Egge, des Kaufmannes Heinrich Franz Klüß Wittwe in Lübeck; auf Blatt 758 bei der Firma „Heinrich Webers": Die Firma ist erloschen; auf Blatt 1631 bei der Firma „George Terry": Die Firma ist erloschen.

Holzverkäufe auf dem Landgebiete. Am Mittwoch werden in Westloe ca. 440 Raummeter Kiefern-, Klüft- und Knüppelholz versteigert. Versammlung 10 Uhr beim Forsthaus daselbst. Am Donnerstag wird, wie schon bekannt gegeben, bei Gastwirth Scharbau in Blankensee, Nachmittags 2 Uhr ein Verkauf größerer Parthien verschiedener Hölzer stattfinden.

Erkrankungen und Todesfälle. Im Monat Januar sind erkrankt an Diphtherie 19, Masern 3, Scharlach 10, Typhus 2, Genickstarre 1, gestorben an Diphtherie 1 Person.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des hiesigen Kaufmannes Theodor Jakob Gustav Max Jenckel ist nach erfolgter Schlußvertheilung aufgehoben.

Bestimmungen der Gesindekrankenkasse. Das Stadt- und Landamt erläßt eine Bekanntmachung, auf welche alle Betheiligten wohlthun, genau zu achten. Es heißt darin: 1) Der Gesindekrankenkasse gehören sämmtliche Dienstboten an, die in der Stadt Lübeck und den Vorstädten im Dienstverhältniß stehen, soweit sie nicht als gewerbliche Gehülfen der reichsgesetzlichen Versicherungspflicht unterliegen. 2) Die Kasse gewährt den erkrankten Mitgliedern im Bezirke der Stadt Lübeck und den Vorstädten freie ärztliche Behandlung und Arznei oder freie Kur und Verpflegung im hiesigen allgemeinen Krankenhause oder in der Irrenanstalt bis zur Dauer von 13 Wochen, Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel und im Falle des Todes eines Mitgliedes ein Sterbegeld im Betrage von 30 Mark. Die freie ärztliche Behandlung erfolgt durch einen Kassenarzt. Kassenärzte sind zur Zeit sämmtliche hier praktizirenden Aerzte mit Ausnahme des Herrn Dr. Framm. 3) Wer die Hülfe eines Kassenarztes in Anspruch nehmen will, hat demselben sein Dienstbuch, oder, wenn ihm ein Dienstbuch noch nicht ausgefertigt ist, eine Bescheinigung darüber vorzulegen, daß er Mitglied der Gesindekrankenkasse ist. Diese Bescheinigung wird von der Verwaltung der Gesindekrankenkasse ausgestellt. Arzeneien, welche von dem Kassenarzte verordnet sind, können für Rechnung der Kasse aus allen hiesigen Apotheken, andere Heilmittel nur von den von der Kassenverwaltung bestimmten Verkäufern entnommen werden. Die Namen derselben werden von dem behandelnden Arzte angegeben. Das Sterbegeld wird gegen Einlieferung einer standesamtlichen Bescheinigung über den Sterbefall denjenigen gezahlt, die das Begräbniß bewirken. 4) Als Beiträge sind für jeden Dienstboten von der Dienstherrschaft vierteljährlich 2 Mark zu entrichten. Die Dienstherrschaften sind berechtigt, die gezahlten Beiträge zur Hälfte bei jeder Lohnzahlung soweit in Abzug zu bringen, als sie auf den Zeitraum entfallen, für welchen der Lohn gezahlt wird. Die Beiträge werden durch Boten eingeholt. Ueber die Entrichtung der Beiträge wird den Dienstherrschaften eine Empfangsbescheinigung ertheilt. Erkrankte Mitglieder, die ausgehen können, haben die ärztliche Hülfe in der Sprechstunde des Arztes nachzusuchen.

Ein Wechsel des Arztes ist während desselben Erkrankungsfalles ohne Zustimmung der Kassenverwaltung nicht gestattet. Die Geschäftsräume der Kassenverwaltung befinden sich im Hause Johannisstraße 40, sie sind an allen Werktagen von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Ferner wird von der Gesindekrankenkasse bekannt gegeben, daß von Seiten der Herren Kassenärzte der Gesindekrankenkasse wiederholt Klage geführt worden sei, daß bei Inanspruchnahme ärztlicher Hülfe abseiten der Versicherten in den meisten Fällen die Dienstbücher nicht die ordnungsmäßigen, von der Dienstherrschaft zu bewirkenden Eintragungen über den Dienst-An- bezw. Austritt enthalten. Sie weist deshalb darauf hin, daß jeder Dienstbote nach § 40 des Nachtrages zur Gesinde-Ordnung vom 11. Juli 1891 verpflichtet ist, gleich nach Antritt seines Dienstes, sowie bei dem Austritt aus dem Dienste der Dienstherrschaft sein Dienstbuch zur Beschaffung der Eintragung des Dienstantrittes bezw. des Austrittes aus dem Dienste vorzulegen, daß Nichtbefolgung nach § 41 des Nachtrages Strafe nach sich zieht und daß jede Dienstherrschaft nach § 43 des erwähnten Nachtrages ebenfalls verpflichtet ist, auf die sofortige Vorlegung und Beschaffung der Eintragungen zu halten, andernfalls die Dienstherrschaft in eine Strafe bis zu 30 Mark verfällt.

Der Arbeiterschaft zur Notiz! Das „Volksblatt für Anhalt“, das bei dreimaligem Erscheinen monatlich 50 Pf., mit der „Neuen Welt“ 60 Pf. kostet, erhöht seinen Abonnementspreis um 10 Pf. Eine von 400 Genossen besuchte Versammlung in Dessau stimmte der Erhöhung einmüthig ohne jeden Widerspruch zu. In manch anderer Stadt wo die Arbeiterverhältnisse günstiger liegen als in Dessau, kann ein Theil der Genossen das Parteiorgan nicht billig genug bekommen, und trägt insoweit mit dazu bei, daß die Presse nicht so ausgestaltet werden kann, als es zu wünschen wäre. — Ja, es giebt eine ganze Reihe Leute, die es sehr krumm nehmen würden, wollte man ihnen den Ehrentitel „Parteigenosse“ vorenthalten, die aber trotzdem nicht einmal ihr Parteiblatt lesen, unter der faulen Ausrede: „Ja, wenn es nicht so theuer wäre — —“ Mögen sich diese ein Beispiel nehmen an den Dessauer Genossen, die den Werth ihres Parteiblattes erkannt haben und trachten, es zu unterstützen und weiter auszubauen.

Im Naturheilverein findet die ordentliche Hauptversammlung am Dienstag, den 9. Februar, Abends 8½ Uhr, im Saale des „Bürgervereins“, Königstraße Nr. 25, statt.

Mit dem Thiel'schen Streik hängen zwei Prozesse zusammen, welche am Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer verhandelt wurden. In dem einen Falle handelte es sich um Vorkommnisse gelegentlich der Richtfeier eines Baues in der Königstraße am 24. November v. J. Der Maurer A. und der Arbeiter P. wollten die passende Gelegenheit benutzen, um für die streikenden Genossen einige Beiträge auf Sammellisten zu erhalten, stießen aber bei einigen Anwesenden auf Abneigung. Ein entstehender Wortwechsel artete in Streit und Schlägerei aus, an welcher sich aggressiv auch der Arbeiter Sch. betheiligte und bei welcher einige Personen derb geprügelt wurden. Natürlich war das Ganze mehr die Folge der gehobenen Stimmung, welche allgemein herrschte und bei Richtfeiern gang und gäbe ist. Das Gericht erkennt wegen Körperverletzung gegen A. auf 4, P. 3 und Sch. 2 Monate Gefängniß. — Ferner soll der Arbeiter W. den Thiel'schen Arbeitswilligen Heine am Abend des 15. November in Gemeinschaft mit unermittelt Gebliebenen gemißhandelt haben. Er bestreitet, überhaupt an der Affaire betheiligt gewesen zu sein, wurde aber durch die Aussage des H. für überführt erachtet und zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Wegen Mißhandlung seiner Stiefmutter, der er angeblich auch Verletzungen beigebracht hat, ist gegen einen Arbeiter Untersuchung eingeleitet.

Verschiedener Gelddiebstähle zum Nachtheile ihrer Dienstherrschaft soll sich ein Dienstmädchen schuldig gemacht haben. Die Sache ist angezeigt.

Rekursbehörde in Gewerbesachen. Sitzung vom 4. Februar. Der Arbeiter Sch. aus Niendorf hat die ehemals Buhrmann'sche Hökerei käuflich erworben und trachtete danach, die Erlaubniß zum Kleinverkauf von Spirituosen zu erhalten. Die Sachverständigen-Aussagen lauten einerseits, daß kein Bedürfniß vorliege, da die vorhandenen Verkaufsstellen vollauf im Stande seien, den Durst der Niendorfer Bevölkerung zu stillen, andererseits, daß der Consum bei dem früheren Eigenthümer circa 2100 Liter jährlich betragen habe, bedeutend mehr als die Concurrenten verschänkten. Dr. Plessing ist der Ansicht, daß durch Einziehung der Verkaufsstelle der Consum nicht verkleinert, sondern nur den anderen Wirthen zugeschoben werde. Der Rekurrent wurde abschlägig beschieden.

Trittau. Herr Herfurth-Berlin, Wanderprediger des „Bundes der Landwirthe“ hat auch hier sein Licht leuchten lassen. Neues hat er, wie wir dem Amtsblatt der Agrarier, der „E.-Z.“ entnehmen, nicht vorgebracht. Als Charakteristikum sei erwähnt, daß eine Sammlung für den Wahlfond in Bargteheide unter ca. 150 Anwesenden die horrende Summe von 30,49 Mk. und in Trittau bei 60 Theilnehmern gar 12,67 Mk. ergab. Offenbar haben die „nothleidenden Landwirthe“ ihr himmelschreiendes Elend durch Spenden von Kupferpfennigen versinnbildlicht. Schnurrige Menschen! Der achte schleswig-holsteinische Wahlkreis, in welchem diese Versammlungen stattfanden, ist bekanntlich seit mehr als einem Jahrzehnt unbestrittenes Eigenthum der Sozialdemokratie. Vielleicht hat die notorische Aussichtslosigkeit der gegnerischen Parteien, je wieder die „Rothen“ zu verdrängen, die ökonomischen Bauern bewogen, ihr Geld nicht für eine verlorene Sache zu opfern.

Kiel. Zu 250 Mark Geldstrafe oder 25 Tagen Haft wurde am Mittwoch Genosse Alex. Lütjens als verantwortlicher der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ wegen Beleidigung des Werftarbeiters Theodor Lorenzen vom hiesigen Schöffengericht verurtheilt. Aus Anlaß der be—kannten Broschüre des Lorenzen waren in der „Volkszeitung“ mehrere Artikel zur Abwehr erschienen, und hatte der Staatsanwalt wegen öffentlicher Beleidigung zunächst eine Voruntersuchung eingeleitet, später jedoch den Lorenzen auf den Weg der Privatklage verwiesen. Von den circa 120 Seiten starken Broschüre wurden nicht weniger als 65 Seiten verlesen, was circa zwei Stunden in Anspruch nahm. Der Vertreter des Lorenzen, Rechtsanwalt Döring, plädirte auf eine Gefängnißstrafe, da eine Geldstrafe doch nicht den Angeklagten träfe, sondern vom Geschäft getragen würde. Das Gericht billigte dem Genossen Lütjens den Schutz des § 193 zu, da die Angriffe in der Broschüre dazu angethan seien, zur Abwehr herauszufordern, erkannte jedoch wegen Beleidigung in vier Artikeln auf 100 Mark und zu drei Mal 50 Mark Geldstrafe, zusammen auf 250 Mark, eventuell auf 25 Tage Haft, außerdem auf Publikationsbefugniß für den Kläger und Vernichtung der etwa noch vorhandenen Platten. Genosse Lütjens vertheidigte sich allein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

☞ **Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.**

Zu verm. **ein freundlich möblirtes Zimmer,** zum 1. April die **zweite Etage.** Miethe 180 M.
Alsheide 4.

Zu verk. Lübecker Adreßbuch von 1896
Holstenstraße 10, im Flügel.

Zu verk. eine elegante Speisen-Tafel
passend für Wirthschaften.
Lindenstraße 17 a, 1. Et.

☞ **Reines** ☜
Flohmen-Schmalz
Pfd. 60 und 70 Pfg.
Braten-Schmalz
Pfd. 30 Pfg.
empfiehlt **Aug. Scheere.**
Holstenstr. 27.

Schöne große Eier, 11 Stück 60 Pf.,
ger. Landmettwurst, Pfd. 80, 90, 100 Pf.
geräucherten Landspeck, Pfd. 65 Pf.
geräuch. Schweinsköpfe in allen Größen
Margarine, Pfd. 50, 55, 60 und 65 Pf.
frische Butter, Pfd. 100, 110 und 120 Pf.
empfiehlt
J. F. D. Götke. [illegible] 26.

Magenbeschwerden.
Allen daran leidenden Mitmenschen gebe ich gern **unentgeltlich** Rath und Auskunft, wie ich davon befreit und gesund geworden bin.
F. Koch, Königl. pens. Förster,
Pömbsen, Post Nieheim (Westfalen).

Achtung! Holzarbeiter!
Dienstag den 9. Februar, Abends 8½ Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Errichtung eines Auskunftsbureaus für gewerbliche Streitigkeiten.
2. Bericht der Lokalkommission über den Stand unserer Lohnbewegung.

☞ **Das Erscheinen sämmtlicher Collegen ist dringend nothwendig.**
Die Lokalverwaltung.

Grosse Auction!
am Dienstag den 9. Februar, Morgens 9½ Uhr und Nachmittags 2½ Uhr, in der Hundestraße 41
über: Sachen aller Art, ca. 5000 Schachteln Wichse, einen großen Posten [illegible] Normal-Hemden und Hosen, schwarze Kinderschürzen, Kindermützen, Buckskinhosen und Buckskinreste zu Anzügen, Kleiderstoffe, Tischdecken, Leinen, Handtücher, [illegible] silberne Herren-Uhren, [illegible], einen großen Posten Schuhwaaren, passend für Confirmanden, getragene Kleidungsstücke, wollene Kinderhosen, mehrere Betten.
Weitere Zusendungen werden Hundestraße 8 erbeten.
J. C. B. Schmehl.
Auctionator und Taxator.
NB. Mache besonders Wiederverkäufer auf die Wichse aufmerksam, dieselbe kommt um 9½ Uhr zum Verkauf.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck)
Am Dienstag den 9. Februar
Abends 8½ Uhr
Versammlung
bei F. Leeke, Lederstrasse 3.
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. [illegible]
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.

Louis Kuhne
Internationales Etablissement für arzneilose und operationslose Heilkunst, Leipzig.
Gegründet am 10. Oktober 1883, erweitert 1892.
Rath und Auskunft in allen Krankheitsfällen, auch brieflich, so gut es möglich ist.
Diagnose nach dem Gesichtsausdruck.
Individuelle Behandlung nach langjährigen Erfahrungen.
☞ **Gute Heilerfolge.** ☜
Im Verlage von Louis Kuhne, Leipzig, Flossplatz 24, sind erschienen und direkt vom Verfasser gegen Betrags-Einsendung oder Nachnahme sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen:
Louis Kuhne, **Die neue Heilwissenschaft.** 20. deutsche Aufl. (54. Tausend) 486 Seiten 8°. 1897. Preis Mk. 4.—, geb. Mk. 5.—. Erschienen in 25 Sprachen.
Louis Kuhne, **Bin ich gesund oder krank?** 14. Aufl. Preis Mk. —,50. Erschien in 10 Sprachen.
Louis Kuhne, **Kindererziehung.** Ein Mahnruf an alle Eltern, Lehrer und Erzieher. Preis Mk. —,50.
Louis Kuhne, **Cholera, Brechdurchfall** und deren Heilung. Preis Mk. —,50.
Louis Kuhne, **Gesichtsausdruckskunde,** meine neue Untersuchungsart. Preis Mk. 6,—, eleg. geb. Mk. 7,—.
Louis Kuhne, **Kurberichte aus der Praxis** nebst Prospekt. 25. Aufl. Unentgeltlich.

G. B.
Dienstag den 9. d. M., Abends 5½ Uhr
bei **F. Leeke.**

Eine geübte Schneiderin empfiehlt sich.
Meierstraße 16, 1. Et.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.
(Arzneilose Heilweise.)
Ordentliche
Haupt-Versammlung
am Dienstag den 9. Februar
Abends 8½ Uhr
im Saale des Bürgervereins,
Königstr. 25.
Tages-Ordnung.
1. Jahresbericht.
2. Bericht der Rechnungsprüfer.
3. Aenderung des zweiten Satzes im § 6 der Satzungen.
4. Wahl des zweiten Vorsitzenden, des Schriftführers und eines Beigeordneten, welche satzungsgemäß ausscheiden.
5. Wahl zweier Rechnungsprüfer für das Jahr 1897.
6. Die Arztfrage.
7. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Concordia-Garten.
Einladung zum
Kappen-Fest
am Dienstag den 9. Februar.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Ende 2 Uhr.
F. Frahm.

Stadttheater in Lübeck.
Heute Montag.
Außer Abonnement.
Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.
3. Extra-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
1. Rang **3** Mk., 1. Parquet **2** Mk., 2. Parquet und 2. Rang **1,50** Mk.
Drittletztes Gastspiel
von Frl. **Paula Tagliani.**
Phantasien im Bremer Rathskeller.
Vorher:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Dienstag den 9. Februar
77. Abonnem.-Vorst. 5. Abthlg.: Gelb
Anfang 7 Uhr. **Schauspielpreise.**
Die Kinder der Excellenz.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Wolzogen und Schumann.

Prima neue
☞ Gänsefedern! ☜
1. Wie sie von der Gans gerupft werden, mit den ganzen Daunen, das Pfund . . . **Mk. 1.40**
2. Kleine entgelesene, also nur kleine Federn und Daunen . . . **„ 2.—**
3. Rupffedern von lebenden Gänsen, sehr zart . . . **„ 2.50**
4. **Prima** gerissene Federn . . . **„ 2.75**
5. **Prima** gerissene Federn, schneeweiß, zart . . . **„ 3.—**
6. Daunen . . . **„ 4.50**

Geld sofort **zurück,** wenn die Federn nicht gefallen — bei Probesendung. [illegible] sofort ein, da die Waare **unvergleichlich** schön ist. **Garantie weil direkter Bezug!**
W. Laursdorf, Neutrebbin (Oderbruch).
Gänsemastanstalt und Bettfedernreinigungsfabrik mit Dampfbetrieb.

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verlag: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 33. Dienstag, den 9. Februar 1897. 4. Jahrgang.

Helft Euch selbst!

Wenn ich einmal der Weltmeister wär',
Besäße seine Macht,
Wär' weise, groß und gut wie er
Und strahlt' in seiner Pracht
Und säh', daß meine Kinderlein
Theils arm sind und theils reich,
Und hört' die Armen kläglich schrei'n,
Dann spräche ich sogleich:
Ich weiß nicht, Kinder, was Ihr wollt?
Ich gab Euch doch Verstand;
Verstand, damit Ihr ihn gebrauchen sollt;
Wenn Ihr nun schuftet früh und spät
Mit wahrer Schafsgeduld,
Und klagt doch, daß es schlecht Euch geht!
Se ist das Eure Schuld!

Ich mache die Gesetze nicht
Für Dorf und Stadt und Land,
Nein, Kinder! Das ist Eure Pflicht,
Dazu ward Euch Verstand!
Gebrat'ne Tauben fliegen doch
Von selbst Euch nicht in's Maul,
Nur schlechter wird's, so lang' Ihr noch
Zum Denken seid zu faul.
Der Reiche handelt doch nicht schlecht,
Wenn er Euch scheert und plagt;
Auf seiner Seite ist das Recht,
Weil das Gesetz so sagt.
Doch das Gesetz wird stets gemacht
Wie er es gerne möcht';
Ihr aber werdet ausgelacht,
Und das geschieht Euch recht!

So lange Ihr nur kläglich weint
Und nicht vor Schmach ergrimmt,
Nicht ernst und brüderlich vereint
Für Eure Männer stimmt,
So lange, Kinder, preßt man Euch
Die besten Kräfte aus
Und wirft Euch hülflos dann sogleich
Als unbrauchbar hinaus.
Wenn Ihr nicht selber Euch befreit
Nicht selber Euch beglückt,
Bleibt Ihr in alle Ewigkeit
Geknebelt und gedrückt;
Doch ruft Ihr einmal kräftig: „Halt!
Und zwar in Einigkeit,
Dann seid Ihr sicherlich sehr bald
Von aller Noth befreit.

Das Kapital vereinigt sich,
Vervielfacht seine Macht;
Nur Ihr bleibt schwach und jämmerlich
Selbst vielfach dünkelhaft;
Nur Ihr seid hinter Eurer Zeit
Um fünfzig Jahr' zurück
Und lebt in Zwietracht, Haß und Neid
Zu Eurem Mißgeschick.
Wer, glaubt Ihr denn, der helfen soll;
Die reichen Brüder gar?
Ihr seid doch wahrlich mehr als toll
Denn das wird niemals wahr.
Vereinigt Euch, wie's Pflicht und Recht
Zeigt Muth in der Gefahr
Und kämpft für Euer Menschenrecht
Dann kommt der Sieg fürwahr!

„Hamb. Echo."

Beiträge zur Gewerbehygiene.

Zu den Anlagen, welche viele Arbeitgeber nur mit großer Unlust und meist nur auf wiederholte Aufforderung Seitens der Aufsichtsbehörde ordentlich herstellen und in Stand halten lassen, gehören die Aborte. Früher habe kein Mensch nach Aborten für die Arbeiter gefragt, heißt es da, und es sei gegangen, und nun sollen für die „Herren Arbeiter" solche Umstände gemacht werden. Natürlich ist es an den kleinen Orten und auf dem Lande in dieser Hinsicht am schlimmsten bestellt. Zwei Stück Brett werden rechtwinklich zu einander aufgestellt und in einer Ecke im Hofe befestigt und das soll genügen. Wie wichtig aber die Einrichtung ordentlicher und rein gehaltener Aborte auch auf dem Lande und für die Arbeiter ist, wurde schon oft genug bei drohender Cholera- oder Typhusgefahr hervorgehoben. Die Verbreitung einer Reihe ansteckender Krankheiten grade durch ungenügende, mangelhafte und unsaubere Bedürfnißanstalten ist vielfach nachgewiesen und die Nothwendigkeit einer Beseitigung derselben zeigt jetzt wieder das Auftreten einer ganz eigenthümlichen bösen Krankheit. Die Aerzte nennen dieselbe Ankylostomiasis. Diese eigenthümliche Wurmkrankheit wurde vor etwa zwanzig Jahren zuerst in Aegypten beobachtet, ist dann nach Italien verschleppt worden, durch italienische Arbeiter nach dem Gotthardtunnelbau, wo sie eine bedeutende Ausbreitung nahm und die Ursache der sogenannten Tunnelanämie (Tunnelblutleere) war.

Hier entdeckte Dubiei die Ursache der Krankheit in einem Parasiten. Darnach wurde sie durch italienische Arbeiter unter Ziegelarbeiter und Bergleute in verschiedenen Theilen Deutschlands verbreitet. Unter den deutschen Bergleuten wurde sie zuerst 1885 bei der Belegschaft der Grube Maria in Lüngen bei Aachen beobachtet, wo Dr. H. Meyer sie bei 14 Arbeitern konstatirte, dann 1886 auf Zeche Langenbrahm bei Essen durch Dr. Albers in Essen, 1892 auf Zeche Schwerin bei Castrop durch die Dr. Brückelmann und Fischer und auf verschiedenen anderen Zechen des Oberbergamtbezirkes Dortmund, ferner bei Ziegelarbeitern unter Andern in der Nähe von Köln und Mainz. Auch überall sonst, wo italienische Ziegel- und Bergarbeiter hinkamen, in Oesterreich, Frankreich und Belgien trat die Krankheit auf. Auf Wunsch des Knappschaftsvorstandes der Zeche Schwerin bei Castrop wurde die gesammte Belegschaft derselben von Prof. Löbker aus Bochum auf Vorhandensein dieser Wurmkrankheit untersucht. Es wurden zunächst 27 Fälle von Ansteckung auf dieser und einigen andern Zechen konstatirt.

Von den erkrankten Arbeitern starben vier, von denen einer allerdings auch noch ein anderes Leiden hatte; doch hat auch bei diesem die Wurmkrankheit zweifellos einen ungünstigen Einfluß auf den Verlauf der Krankheit gehabt. Die Krankheit wird durch einen zur Familie der Fadenwürmer gehörigen Parasiten hervorgerufen, dessen Name Ankylostomum duodenale ist. Derselbe dringt, durch den Mund oder After in den Körper gelangt, in den Dünndarm, wo er als gieriger Blutsauger der Urheber dieser sogenannten ägyptischen Bleichsucht ist. Die Kranken leiden an großer Hinfälligkeit, Hungergefühl bei Appetitlosigkeit, Erbrechen, Durchfall, Darmblutung und gehen, wenn sich dabei Wassersucht einstellt, zu Grunde.

Bei der Sektion zeigt sich der Dünndarm von den Würmern siebartig durchbohrt. Doch dringen dieselben auch bis zu anderen Organen vor. Auch die mit dem Leben davon Gekommenen erholen sich nur langsam und ihre wachsgelbe Gesichtsfarbe und glanzlosen, blutleeren Augen zeigen noch lange, wie furchtbar ihr Körper geschwächt ist. Charakteristisch ist, worauf Prof. Dr. Löbker in Bochum besonders aufmerksam macht, daß bei den Bergleuten nur die Männer an dieser Krankheit erkranken, während bei den Ziegelarbeitern auch Frauen und Kinder von derselben befallen werden. Dieser Umstand zeigt doch ganz deutlich, daß die Ansteckung nur auf der Arbeitsstätte erfolgt; denn bei den Bergwerken, wenigstens bei den rheinischen und westfälischen werden Frauen und Kinder nicht beschäftigt, während bei den Ziegelarbeitern bekanntlich Frauen und Kinder mitarbeiten müssen und hier natürlich dieselben Bedürfnißanstalten benutzen, als die Männer.

Auf den Bergwerken wurde die Krankheit auch bei den Grubenpferden, wo solche beschäftigt werden, vielfach konstatirt, die ihren Mist überall absetzen, in dem die Larven monatelang lebensfähig bleiben und der dadurch offenbar viel zur Verbreitung der Krankheit beiträgt, ebenso die Bäder auf den Zechenstuben, wo sich zuweilen mehr als 50 Bergleute in demselben Wasser baden müssen. Diese Schmutzbäder sind auch in anderer Beziehung entschieden gemeingefährlich und sollten allgemein durch gute Brausebäder ersetzt werden. Ferner sollte überall auf Herstellung zweckmäßiger Aborte und Reinhaltung und ausschließliche Benutzung derselben sorgfältig geachtet werden. Dann wird aber auch die Verrichtung von Bedürfnissen an anderen Orten, als diesen von selbst unterbleiben und damit der hauptsächlichsten Verschleppung der Krankheit vorgebeugt.

Soziales und Partei-Leben.

Stegmüllerei. Die vier sozialdemokratischen Mitglieder des Stadtraths zu Frankenhausen suchen ihre Abstimmung in Sachen der Städtespende an den Prinzen Sizzo in einer Erklärung in dem „Saalfelder Volksblatte" zu rechtfertigen, in der es u. A. heißt:

> Nach Lage der hiesigen Verhältnisse glauben wir die Inkonsequenz, der wir uns durch Zustimmung zu dieser Spende schuldig gemacht haben, verantworten zu können und erklären als Gründe für unsere Haltung folgendes: Wir waren uns im Momente der Abstimmung voll bewußt, daß die Bewilligung dieser 200 Mark unsererseits ein Verstoß gegen die Prinzipien unserer Partei sei. Gleichzeitig aber waren wir uns auch klar daß eine durch uns herbeigeführte Nichtbetheiligung der Stadt von den nicht sozialdemokratischen Bürgern Frankenhausens als eine schwere Schädigung städtischer Interessen nach außen betrachtet worden wäre.

Sie hätten, heißt es weiter, dem Vorwurfe der Gegner entgegentreten wollen, daß sie in diktatorischer Weise ihre Parteiinteressen über die Interessen der Gesammtheit setzten. Wenn die Abstimmung bei den Genossen Unwillen und bei den Gegnern Schadenfreude erregt habe, „so bitten wir doch, diese Angelegenheit weniger vom hohen Standpunkt des Parteipolitikers, als von dem der Duldsamkeit der Majorität gegenüber der Minorität beurtheilen zu wollen. Dies fällt nach richtiger Würdigung und Kenntnißnahme der örtlichen

Dorenberg.

Erzählung von Adolph Streckfuß.

(9. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ich danke Ihnen recht herzlich, Herr Heldreich", fuhr der Major fort, „nun habe ich auch Hoffnung, daß Sie mir meine zweite Bitte erfüllen, so sehr seltsam Ihnen dieselbe erscheinen mag. Ich hoffe, wir werden heute unsere Bekanntschaft noch nicht abschließen. Sie werden mich recht häufig besuchen und wir wollen uns gegenseitig lieb gewinnen. Da wird sich Ihnen unwillkürlich der Gedanke an meinen Neffen aufdrängen. Sie werden auch von diesem wohl hin und wieder hören, und möchten etwas aus seiner Vergangenheit wissen, oder aus seiner Gegenwart mir erzählen; thun Sie das nicht. Ich will nichts mehr von dem Buben hören. Geben Sie mir das Versprechen, daß dieser Mensch für Sie vollständig todt sein soll, daß Sie weder mit mir noch mit Clara über ihn sprechen wollen; das ist meine zweite Bitte. Ich dringe nicht auf die Erfüllung derselben, aber einen großen Gefallen würden Sie mir thun."

„Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, ganz nach Ihrem Wunsche zu handeln."

„Nochmals herzlichen Dank, und nun, mein junger Freund, müssen Sie mir erzählen von Ihren Eltern, von Ihren Geschwistern, wie Sie leben und was Sie treiben. Wir wollen uns heute gleich wie ein paar alte, langjährige Freunde kennen und schätzen lernen, also schießen Sie los."

Heldreich mußte erzählen, er mochte wollen oder nicht. Der alte Major wurde des Fragens nicht müde und Clara hörte so aufmerksam und andächtig zu, daß unser Freund nicht aufhören konnte.

Stunden vergingen wie im Fluge und es war fast Abend, ehe der Major vom Fortgehen etwas hören wollte; er ließ es sich nicht nehmen, seinen Lebensretter bis an seine Stube zu bringen.

VII.

Der Doktor hatte nicht zu viel versprochen. Die Wunde heilte mit überraschender Schnelligkeit und Heldreich wurde durch dieselbe auch nicht im Geringsten mehr belästigt.

Er konnte ausgehen nach Belieben, kaum fühlte er den leichten Verband, der ihn allein an den Messerstich erinnete, denn den Blutverlust hatte der junge kräftige Körper schnell ersetzt.

Sein erster Ausgang war natürlich nach dem kleinen Häuschen gegenüber. Er wurde vom Major wie ein Sohn, von Clara wie ein Bruder empfangen. Mit offener, unbefangener Freundlichkeit nahte ihm das junge Mädchen und plauderte mit ihm so herzlich, als habe sie ihn seit Jahren gekannt.

Von diesem Augenblicke an war das Haus des Majors ein zweites Vaterhaus für Carl Heldreich. Hier verlebte er seine Feierstunden.

Allabendlich, wenn er seine Feder niedergelegt, eilte er nach dem kleinen Hause. Der Major erwartete ihn meist schon und Clara machte ihn Vorwürfe, wenn er zu spät kam.

Das waren herrliche, genußreiche Abende. Der Major saß auf dem Sopha in einer Ecke, rauchte sein Pfeifchen und Clara saß in der anderen Ecke, mit einer Stickerei beschäftigt. Heldreich hatte seinen Platz im Lehnsessel neben Clara und das Amt des Vorlesers.

Die kleine, aber gewählte Bibliothek des Majors, welche die sämmtlichen deutschen Klassiker enthielt, gab Stoff genug.

Heldreich las vortrefflich vor. Er hatte ein inniges Gefühl für alles Schöne, und verstand es, dasselbe im Wort zur Geltung zu bringen. Er besaß jenes Talent, welches nur Wenigen eigen ist, sich beim Lesen fast kritiklos in den Ideengang des Dichters hineinzuleben, sein eigenes Ich gewissermaßen aufzugeben und seine Seele mit der des Dichters zu verschmelzen. Sein Wort erhielt hierdurch eine solche Ursprünglichkeit, daß er nicht vorzulesen, sondern zu schaffen schien. Der Hörer lebte in der Dichtung und es ging ihm ein Verständniß derselben auf, wie er es beim Lesen der todten Buchstaben nie gehabt hatte. Das fühlte auch Clara sehr wohl. Sie konnte die Zeit nicht erwarten, bis Heldreich ein Buch in der Hand hielt, und dann lauschte sie ihm mit entzückter Aufmerksamkeit. Oft genug ließ sie die Stickerei in den Schoß sinken und schaute sinnend in die belebten Züge des jungen Mannes, in denen alle die hehren Gedanken wiederglänzten, die er mit dem Dichter erschuf.

Nur zwei Abende in der Woche fehlte Heldreich in dem kleinen Hause. An jedem Dienstag und Freitag war er in der Familie des Geheimen Raths von Mandel. Nachdem er den Söhnen die lateinischen Nachhilfestunden gegeben hatte, rauchte er erst mit dem Geheimen Rath ein Pfeifchen und erzählte diesem dabei von seinem Studium, stritt auch wohl mit ihm über irgend ein juristisches Thema, bis gegen sieben Uhr der Bediente zum Thee einlud. Die Pfeifen wurden fein säuberlich in die Ecke gestellt, der Geheime Rath holte etwas Eau de Cologne, um den nicht eben angenehmen Parfüm zu vertilgen, und führte seinen Gast zur Geheimen Räthin, welche ihn stets mit einer außerordentlich wohlthuenden, achtungsvollen Freundlichkeit empfing.

Meist war an jenen Abenden noch mehr Besuch da, wenn auch nie große Gesellschaft. Der Geheime Rath hielt ein gastliches Haus, in welches eingeführt zu werden nicht ganz leicht war, welches aber dem Eingeführten

Verhältnisse jedenfalls um so leichter, als es sich thatsächlich um kein großes Opfer aus dem Kommunesäckel, sondern um eine Bagatelle handelte. Wir glauben deshalb auch nicht, daß wir nun in den Augen der Parteigenossen jetzt als schlechtere Parteigenossen gelten, als vorher. Vor diesem Verdachte glaubten wir uns schon deswegen geschützt, weil der endstehend mitunterzeichnete Parteigenosse Apel vor kurzem im Landtag in nicht mißzuverstehender Form den Standpunkt unserer Partei gegenüber Monarchie und Erbfolge klar dargelegt hat." — Nun, in Parteikreisen wird man die Herren sozialistischen Stadträthe als das ansehen, als was sie sich nach ihrer langathmigen Erklärung ausdrücklich kennzeichnen: als echte Stegmüller.

Eine „Monatsbilanz" für Januar theilt unser Parteiblatt in Halle a. S. zu Nutz und Frommen der Leser wie folgt mit:

„Am 2. Januar Haussuchung in der Expedition nach der Nummer vom 14. August 1896. Am gleichen Tage verläßt Genosse Weißmann das Gefängniß, dafür tritt Genosse Mannigel seine 3 Monate wegen Majestätsbeleidigung an. Am 4. Januar Genosse Brandt Vernehmung wegen groben Unfugs. — Am 5. Januar ändert das Landgericht die gegen Mannigel wegen Polizistenbeleidigung ausgeworfenen 600 Mk. Strafe in einen Monat Gefängniß um. — Am 7. Januar wird Genosse Groß vernommen über die Anzahl der bei der Reichstagswahl verkauften Broschüre „Heilige Vehme". — Am 8. Januar geht dem Gen. Lepiz ein Strafmandat auf 6 Wochen Haft zu wegen Herausgabe eines Boykottflugblattes. — Am 12. Januar Gen. Brandt Vernehmung wegen des Leitartikels „Die Ehre der Offiziere". Am gleichen Tage wird eine Berufung Weißmanns verhandelt. Das Landgericht setzt die vom Schöffengericht wegen Lenschnerbeleidigung ausgeworfenen 2 Monate Gefängniß auf 1 Woche herab, hebt aber die Freisprechung in der Klage wegen Beleidigung des Helbraer Gemeinderathes auf und erkennt auf drei Wochen. — Am 13. Januar Haussuchung in der Expedition, Redaktion und Druckerei nach Nr. 5 des Volksblattes. Gefunden wurde ebenso viel wie am 2. Januar, nämlich nichts. — Am 14. Jan. erhält Genosse Brandt einen Strafbefehl auf 6 Wochen Haft wegen groben Unfugs, begangen durch eine Briefkastennotiz, die vom Sohne des Buchhändlers Oeling handelte. Genosse Thiele erhält an diesem Tage die Klage zugestellt wegen Beleidigung der Bölberger Mühlendirektoren. Am 16. Jan. wird Gen. Brandt vom Schöffengericht wegen zweier Lenschnerbeleidigungen zu 200 und 400 Mk. Strafe verurtheilt. — Am 18. Januar werden die Genossen Brandt und Böncker vernommen wegen Verleitung bezw. Abdrucks der Resolution in der großen Protestversammlung im „Prinz Karl." — Am 19. Januar sollte Genosse Groß in irgend einer Sache vernommen werden. Doch wurde die Ladung rückgängig gemacht. Am 21. Januar Genosse Mannigel von dem Schöffengericht drei Monate Gefängniß wegen Lenschnerbeleidigung. Am 22. Januar erhält Genosse Brandt die Klage wegen Offiziersbeleidigung zugestellt. Am 23. Januar wird Genosse Weißmann wegen Beleidigung des Vorarbeiters Köhler zu 50 Mark Strafe verurtheilt und der Genosse Lepiz wegen des erwähnten Flugblattes zu 6 Wochen Haft. — Genug das? — Man sollte meinen, Halle läge im östlichsten Staatsgebiet.

Aus Nah und Fern.

Personenkultus. Die unbelehrbaren Blätter können immer noch nicht die erdrückende Beweisführung gegen die Hundertjahrfeier verwinden. Die vor 14 Tagen von unseren Berliner Parteigenossen in der Stadtverordneten-Sitzung eingebracht worden ist. Die Bismärckischen „Neuesten Nachrichten" bekritteln jetzt die darin enthaltene Stelle vom Personenkultus und geben zu unserer Vernichtung folgende Geschichte zum besten: Im vorigen Jahre erzählte eine Dame, Frau von C., in einer Gesellschaft mit Entsetzen, was ihr tags vorher in einem Schlächterladen passirt sei. Während sie dort zum Einkauf verweilte, redete sie ein sauberes hübsches Kind an, das zu einer einfachen Arbeiterfrau gehörte. Sie wollte dem Kinde etwas für Zuckerwerk geben, frug aber zufällig vorher, ob es auch beten könne? Das Kind bejahte und sagte dann auf Aufforderung der Dame seinen Spruch auf. Dieser lautete:

„Ich bin noch klein,
Mein Herz ist rein.
Soll niemand drin wohnen,
Als Lassalle allein!"

Die Dame wandte sich natürlich entsetzt ab und mit dem Zuckerwerk war's vorüber. Vielleicht äußert sich Herr Dr. Zadek doch einmal bei der weiteren Berathung der Kaiserfeier vom 22. März, ob er das etwa auch für „Personenkultus" hält oder nicht? Wenn wir nicht irren, vertreibt die sozialdemokratische Partei jährlich hunderttausende Porträts von Lassalle und Lieder ihm zu Ehren unter den Arbeitern. Ist das kein Personenkultus?

Vermuthlich wird unser Parteigenosse, Stadtverordneter Dr. Zadek antworten, daß er an dieser Geschichte — vorausgesetzt, daß sie keine freie Erfindung ist, was bei diesen „Döhntjes" nämlich meistens der Fall — es gleichermaßen geschmacklos findet, ob ein kleines Kind mit Politik oder in der geschilderten Weise mit Religion aufgepäppelt wird. Das möge die Dame mit der Zuckerdütenreligion sich merken. Und was im übrigen den Personenkultus betrifft, so würden die Arbeiter die hochgeborenen Herrschaften ungestört in der Verehrung Wilhelms des Großen sich versenken lassen, wenn für diese kostspielige Verehrung nicht auch ihre, der Arbeiter Steuergroschen in Anspruch genommen würden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Dresden wird gemeldet, daß der verantwortliche Redakteur der „Sächs. Arbeiter-Ztg.", Genosse Schultze, wegen einer in Nr. 263 jenes Blattes enthaltenen angeblichen Majestätsbeleidigung zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde.

Theaterzensur und Militarismus. Zum Verbot des Sudermann'schen Dualstücks in Karlsruhe schreibt man dem „Bad. Landesb.": „Ich möchte hierdurch auf ein Theaterstück aufmerksam machen, dessen Aufführung vielleicht zu Demonstrationen Veranlassung geben könnte und daher besser verboten wird. In dem Stück tritt ein Soldat auf und sagt:

„Da reit' ich auf mit behaglichem Schritt,
Darf über den Bürger hinwegschreiten,
Wie der Feldherr über der Fürsten Haupt.
Es ist hier wie in den alten Zeiten,
Wo die Klinge noch Alles that bedeuten;
Da giebt's nur ein Vergehen und Verbrechen:
Der Ordre vorwitzig widersprechen;
Was nicht verboten ist, ist erlaubt!
Da fragt Niemand, was Einer glaubt.
Es giebt nur zwei Dinge überhaupt:
Was zur Armee gehört und nicht;
Und nur der Fahne bin ich verpflicht'."

Und ein anderer Soldat läßt sich, wie folgt, aus:

„Es treibt sich der Bürgersmann träg und dumm
Wie des Färbers Gaul nur im Ring herum.
Aus dem Soldaten kann Alles werden."

Die Militärgewalt wird, wie folgt, geschildert:

„Läßt sich ein Gefreiter mit sieben Mann
In einem Dorfe von Weitem schauen,
Er ist die Obrigkeit drinn und kann
Nach Lust drinn walten und kommandiren."

Das dürfte wohl das Verbot genügend rechtfertigen, aber auch sonstige anstößige Stellen sind in Hülle und Fülle zu verzeichnen. Es wird von einigen Kaisern behauptet, daß sie, während sie alles Andere zurücksetzten „den Soldaten auf den Händen trügen", ein König wird als Leuteplager", ein Prinz als „Knauser", einer der höchsten Hofbeamten als „alte Perrücke" bezeichnet. Wo bleibt da der Respekt? Da wird ein General vorgeführt, der einer Marketenderin 200 Thaler schuldet; ein Hauptmann, der bei einer Schlägerei erstochen wird, hinterläßt ein falsches Würfelspiel ꝛc. Ein Soldat erdreistet sich zu behaupten, daß die „Freiheit den Soldaten ausmache", während er doch schon in der Instruktionsstunde hätte lernen können, daß „Disziplin und Subordination" die Haupttugenden des Soldaten sind. Bedenkt man nun noch, daß in dem Stück sich nicht nur so verfängliche Aeußerungen über das Militär in großer Anzahl vorfinden, sondern auch die Zivilisten außerordentlich schlecht wegkommen, dieselben von den Soldaten stets verächtlich als Gevatter Schneider und Handschuhmacher, Seifensieder und Bauern geschmäht werden, so wird man mit mir sicherlich darin übereinstimmen, daß das aufreizende Stück — es heißt „Wallensteins Lager" und ist von einem gewissen Schiller geschrieben — unbedingt verboten werden muß. Ein Theaterfreund."

Ein sonderbarer Schwärmer. In einer Versammlung in einem Dorfe der schwäbische Alb (Württemberg) erwähnte vor einigen Tagen, wie die „Naumann'sche Zeit" meldet, der Redner die Verdienste des Fürsten Bismarck. Die Bauern hörten mit gespannter Aufmerksamkeit zu und gaben ihrer Zustimmung zu den Ausführungen des Redners lebhaften Ausdruck. Plötzlich erhob sich ein stämmiger Albbauer nahm mit der einen Hand die Pfeife aus dem Mund und mit der anderen die Troddelmütze vom Kopfe und sagte, den Redner unterbrechend: „Wisset' 'r, wenn mer vom Fürschte Bismarck schwätzet, da sott ma oigetlich allemal de Kopp lupfa!" — Der biedere Schwabe hat offenbar das vierzigste Jahr noch nicht vollendet.

Die seltsame Erscheinung des „Todtwassers" schildert Frithjof Nansen in der soeben erschienenen Lieferung seines Reisewerkes „In Nacht und Eis" (Leipzig, F. A. Brockhaus). Eines Tages, als die „Fram" an der Taimyr-Insel entlang fuhr, sah Nansen von der Tonne im Mast aus vor sich festes Eis, das weiteres Vordringen verhinderte. Auf dem Eise waren nach allen Richtungen bärtige Seehunde zu sehen und außerdem ein Walroß. „Wir hielten auf die Eiskante zu, um zu vertäuen; aber die „Fram" hatte „Todtwasser" und wollte nicht vom Fleck, trotzdem die Maschine mit vollem Druck arbeitete. An ein Weiterkommen war für den Augenblick nicht zu denken; wir schleppten die ganze Seeoberfläche mit uns. Ein eigenthümliches Phänomen, dieses Todtwasser! Hier hatten wir mehr Gelegenheit, es zu studiren, als wünschenswerth war. Es scheint nur da vorzukommen, wo eine Süßwasserschicht auf der Oberfläche über dem salzigen Seewasser liegt, und wird dann wohl dadurch gebildet, daß das Süßwasser vom Fahrzeug mitgeschleppt wird, wobei es über die schwere Seewasserschicht wie eine feste Unterlage gleitet. Der Unterschied zwischen den beiden Schichten war hier so groß, daß wir der Oberfläche des Meeres Trinkwasser entnehmen konnten, während das durch den Bodenkrahn der Maschine erhaltene Wasser viel zu salzig war, um im Kessel verwendet werden zu können. Das Todtwasser zeigt sich als größerer oder kleinerer Wasserrücken, oder als Wellen, die sich quer übers Kielwasser erstrecken, die eine hinter der anderen. Manchmal kommen sie fast bis zur Mitte des Schiffes. Wir hielten einen gekrümmten Kurs ein, drehten zuweilen ganz herum und machten alle erdenklichen Seitensprünge, um loszukommen; aber es half alles nichts. Sowie die Maschine still stand, wurde das Fahrzeug gleichsam rückwärts gezogen. Trotz der Schwere der „Fram" konnten wir jetzt mit voller Fahrt bis auf zwei oder drei Meter der Eiskante nahe kommen, und spürten dennoch kaum einen Stoß, wenn das Schiff diese erreichte. Wir brauchten die ganze Nacht, um eine Strecke von 20 Seemeilen zurückzulegen, und erst um 6 Uhr Morgens kamen wir in etwas dünneres Eis, das uns vom Todtwasser befreite. Der Uebergang war fühlbar. In demselben Augenblick, als die „Fram" durch die Eiskruste schnitt, machte sie einen Satz nach vorn und glitt von da an mit gewöhnlicher Fahrt vorwärts. Seit dem Tage spürten wir das Todtwasser nicht mehr viel."

Die Ehescheidung der Prinzessin Chimay. Im Ehescheidungsprozeß des Prinzen Chimay gegen seine flüchtige Frau erkannte das Tribunal von Charleroi auf die Auflösung des Ehebundes und verurtheilte die Exprinzessin zur Zahlung einer jährlichen Rente von 75 000 Francs (60 000 Mk.) an den Prinzen für die Erziehung der Kinder sowie auf sämmtliche Kosten; endlich gestattet das Urtheil ein einstündiges monatliches Zusammensein der Kinder mit der Mutter in Anwesenheit einer durch den Prinzen zu bezeichnenden Person.

Aus dem Stammbuche ultramontaner Freunde der Schule. — „China hat sein Opium, Deutschland seine Schulen." (Pfarrer Lukas von Dalking.) — „Die Neuschule befördert die Zuchthäuser." (Bischof von Linz.) — „Bestien, nur Bestien sind es, welche heutzutage die moderne Volksschule erzieht." (Domkapitular Haffner aus Mainz.) „Die wachsende Zahl der jugendlichen Verbrecher und die zunehmende Verrohung sind die Folgen der neuen Pädagogik." (Pfarrer Adelmann.)

[illegible] ihm [illegible]. In diesen kleinen Kreisen trafen sich die geistigen Größen der Residenz in zwangloser Weise; hier maßen sie sich oft im [illegible] Kampf, und der Vertrauensmann war die [illegible] Geheime Räthin, welche stets zu verhindern wußte, daß der Wortkampf, wie dies sonst leicht geschieht, vom Spiel zum ernsten Gefecht überging.

Heldreich wußte es als eine ganz besondere Gunst der Geheimen Räthin zu schätzen, daß sie ihm gerade zu diesen Abenden Zutritt in ihr Haus gestattet hatte, eine Ehre, welche nur selten [illegible] jungen Leuten zu Theil wurde.

Am Freitag Abends, zwei Tage nach dem Abenteuer im [illegible] Hause, befand sich Heldreich ebenfalls im kleinen Zirkel der Geheimen Räthin. Diese hatte ihn zu sich gewinkt und plauderte sehr freundlich mit ihm, während sich die Dame mit dem [illegible] eines Senatspräsidenten, [illegible] Gäste, höchst angelegentlich über eine Frage des Kirchenrechts unterhielt. Es war schon gegen elf Uhr, als der Diener noch einen Besuch meldete. Die Geheime Räthin empfing die Dame mit einem nicht besonders [illegible] Grüße und reichte ihr einen Arm, der mit den [illegible] und sagte: „Es ist nicht angenehm, liebe Frau, aber es hilft schon nichts — wir können gerade hier die Schicklichkeit nicht verletzen: — der Herr Baron würde uns sehr erfreuen!"

Der Bekannte entfernte sich, gleich darauf öffnete sich die Flügelthür und — Heldreich glaubte zu träumen — der Baron, der Dieb, der Mörder, — trat in's Zimmer. Er trug die elegante Toilette und bewegte sich in derselben wie ein Weltmann, der nie in anderen als hocharistokratischen Kreisen gelebt hat. Als der Geheime Rath ihn Sr. Excellenz dem Herrn Minister Grafen von Schlangenburg vorstellte, verbeugte er sich tief und respektvoll, ganz anders trat er Heldreich gegenüber auf. Die Vorstellung erfolgte: „Herr Baron Hugo v. Laßberg — Herr Syndikus Carl Heldreich."

Der Baron schaute Heldreich, als er den bürgerlichen Namen hörte, von oben bis unten an. Nicht mit einer Gesichtsmiene verrieth er, daß er schon jemals in irgend einer Beziehung mit dem Vorgestellten gestanden habe; er nickte nur nachlässig mit dem Kopfe und nahm dabei jene kühlich herablassende Miene an, welche das Unabhängigkeitsgefühl jedes Bürgerlichen empören muß. Heldreich war in keiner Weise geneigt, sich herablassend behandeln zu lassen, am wenigsten von diesem Menschen; er drehte ihm deshalb unmittelbar nach der Vorstellung verächtlich den Rücken und kehrte zur Geheimen Räthin zurück, seinen früheren Sitz neben dem Sopha wieder einnehmend, während der Baron, der zwar durch die verächtliche Art Heldreich's einen Augenblick in Verlegenheit gebracht war, sich doch schnell wieder faßte und sich, als wenn nichts geschehen wäre, zu dem Geheimen Rath wendete, um an dem Gespräche Theil zu nehmen, welches dieser mit dem Minister führte.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 19. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Vom [illegible] Concilitätsfrack. — Wie steht es um die Kinder der Armen? Von Dr. Siegfried Rosenfeld. — Huysmans. Von Dr. Paul Ernst. (Schluß.) — Die nächsten Aufgaben der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Von G. Mauerer. — Die Reichstagskommission zur Berathung über die Aufhebung des Jesuitengesetzes vom 8. April 1874. Von Dr. Henrik Beckers. — Revue der Revuen. — Literarische Rundschau. — Notizen: Der Fall Hendell. Die Grundsätze des Deutschen Reiches. Von Oscar Geck.

Verantwortlicher Redakteur: August Rasch. Verlag: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtlich in Lübeck.